

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Kloster 10, Hollensteiner Straße 46, Telefon 10729

Geschäftsbüro, Druck und Verlag: Gaggenau-
Buchdruckerei GmbH, Dresden-Kloster 10, Hollensteiner Straße 46.
Telefon 10729. Postleitzahl Dresden 14707.
Bankkontos: Baffensee & Reindler, Dresden.

für Mitteilung geeigneter Adressen
an die wir Probenummern unserer Zeitung
zwecks Werbung verwenden können —
sind wir Ihnen jederzeit dankbar!

Bon Ramek I zu Ramek II

Wien, im Januar.

Von unserem österreichischen Zg.-Vertreter.
Programmäßig trat am 14. d. M. die österreichische Regierung zurück, um so auch äußerlich den Abschluss des Gesetz-Sanierungsvertrages hinzutun, den sich seinerzeit das Kabinett Ramek bei der Wahl zum Ziel gesetzt hatte. Das Programm der Regierung war mit Ende 1925 erschöpft. Trotzdem wäre vielleicht ein Rücktritt der Regierung nicht vornommen gewesen, doch wollte man diesen taktischen Schritt dazu benützen, um eine notwendig gewordene Regierungsüberbildung vorzunehmen mit dem allgemeinen Wunsche, ein Kabinett zu erhalten, das dem Ansturm der sozialdemokratischen Opposition mit mehr Nachdruck begegnen würde, und um vor allem Neuwahlen vor Ablauf der Legislaturperiode zu vermeiden. Dass der Außenminister Dr. Mataja und der Minister für Landwirtschaft Buchinger sich bei dieser Gelegenheit zurückziehen würden, stand fest, nachdem sich beide Minister schon seit Monaten mit Rücktrittabsichten aus Gesundheitsgründen trugen. Nicht im Konzerte der Regierungsumbildung stand der Rücktritt des Finanzministers Dr. Ahner, der kam plötzlich und unerwartet und hat seine Ursache in dem sogenannten steirischen Wirtschaftsprogramm. Dass sich die christlichsoziale Partei und ihre Regierung der Notwendigkeit eines Wirtschaftsprogramms nicht verschloß, kann man daraus ersehen, dass die Regierungserklärung des Kabinetts Ramek II. Richtlinien aufstellte, welche die ganze Sorge um die Sanierung der festgefahrenen Volkswirtschaft beinhalteten. Das steirische Wirtschaftsprogramm, das wieder einmal eine traditionelle Extratour der Steirer ist, die von Zeit zu Zeit gerne von sich sprechen machen, war einerseits stark unter dem Einfluss und im Privatinteresse des steirischen Stinnes Dr. Wutte erstanden, anderseits allzu sehr außerhalb des Rahmens des Möglichen gelegen, so dass sich die Fraktion der christlichsozialen Partei nicht damit befriedigen konnte. Da Dr. Ahner nur das steirische Programm vertreten zu können glaubte, war sein Rücktritt die naturgemäße Folgerung. Sein Nachfolger wurde der Nationalrat Kollmann aus Baden, ein erfolgreicher Kaufmann, der politisch des österreichen hervortrat. Ob er auf dem platten Parkett des schwierigen Ressorts in gleicher Weise erfolgreich sein wird, bleibt abzuwarten.

Besondere Schwierigkeiten ergaben sich bei der Besetzung des Ackerbauministeriums. Fördernayr, der zuerst genannt wurde, kam offenbar wegen seiner zeitigen Verteidigung der Zentralwirtschaft nicht in Konkurrenz, obwohl die Oberösterreicher für Fördernayr eintaten. Schließlich versiel man auf den Steirer Pirchinger; da die Steirer sich aber wegen ihres durchgefallorenen Wirtschaftsprogramms in den Schmolzmühlen zurückgezogen hatten, lehnte auch Pirchinger seine Berufung ab. Das Vorlesestue des Ministeriums lag auf dem Tisch, aber niemand griff danach. In dieser Verlegenheit richteten sich die Augen auf den Präsidenten des Tiroler Landeskulturrates Thaler, einen Gebrauchsbauden bei Wöhr, einen biederen Tiroler, der viel guten Willen mitbringt, aber nur als "Frosch" für Buchinger gewertet werden kann. — Obwohl man als Bundeskanzler gern einen stärkeren als Dr. Ramek sehen hätte, es wurde denn auch für diesen Posten Nationalrat Kollmann und der Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Enders (genannt), kam Dr. Ramek wieder. Die übrigen Ressorts blieben unverändert.

Konnte sich das erste Ministerium Ramek heimewegs mit dem vorangegangenen Kabinett Dr. Seipelmessen, so gehörten ihm doch zwei markante Gestalten an — Dr. Mataja und Dr. Ahner —, die weit über den Durchschnitt emporragten und sozusagen die Tragschäfte der Regierung bildeten. Die Regierung Ramek II kann man am treffendsten wohl als das "Kabinett der kleinen Leute" bezeichnen, von dem man sich keine Wunder erwartet, wohl aber nach Ansicht führender Parlamentarier Neuwahlen noch in diesem Jahre, die erst im Oktober 1927 fällig wären. Während die Sozialdemokraten Neuwahlen gern schon im Mai hätten, dürfte man diese bis September—Oktober hinauszögern können. Erwart werden sie uns kaum bleiben, die Sozialdemo-

Die römische Frage

Rom, den 17. Januar 1926.

Von unserem besonderen römischen Vertreter.

Vor einigen Tagen überreichte die Regierungskommission zur Regelung der staatlichen Gesetzgebung auf dem Gebiete des Kirchenwesens Mussolini die Beschlüsse als Grundlagen für die dem Parlamente vorzulegenden entsprechenden Gesetze. Der Kommission gehören drei geistliche Vertreter an, welche von der Regierung ernannt wurden im Einverständnis mit den Kirchenbehörden.

Die Beschlüsse sind in den Hauptlinien folgende: Finanzielle Verbesserung des Clerus und seine Pensionierung durch Errichtung einer vom Clerus selber zu unterhaltenden und verwaltenden Pensionskasse. Die Pfarrer erhalten ein Gehalt von 20 Mark monatlich und eine Pension von 10 Mark. Die staatlichen Equecur-Bestätigungen und Bestätigungen der Bischofsnennungen werden abgeschafft, und an ihre Stelle tritt das Nulla obita, — die vorherige Zustimmung der Regierung zu den der Regierung mitzuteilenden Ernennungen —, die erteilt wird, wenn die Regierung nichts gegen die politische Anschauung des betreffenden Bischofskandidaten einzuwenden hat. Ähnliches gilt für die Ernennung von Pfarrern.

Während diese Beschlüsse eigentlich nur eine Aenderung in den Zahlen und in der Reihenfolge der bisherigen Bedingungen des Clerus bilden, ist der Beschluss bedeutsam die Anerkennung der religiösen Orden eine Neuerung. Die päpstlich anerkannten Orden sind auch vom Staat anerkannt und können als solche besitzen und funktionieren, immer vorausgesetzt, dass ihre politische Bestätigung derjenigen der Regierung nicht zu widerstehen.

Diese sehr bescheidenen Zugeständnisse wurden nun von der faschistischen Presse als eine kirchenpolitische Großtat des Faschismus in allen Tonarten gefeiert. Vonders des "Corriere d'Italia", die "Tribuna" und der "Messaggero" erklärten die Versöhnung zwischen Italien und dem Papsttum als eine vollendete Tatsache, ohne zu berücksichtigen, dass der Kernpunkt dieser Beziehungen die ungelernte römische Frage bildet.

Daraufhin brachte der "Osservatore Romano" eine offiziöse Richtstellung dieser Sachlage, in welcher er nach Abschaffung des Garantiegesetzes diejenige Freiheit und Unabhängigkeit für den Heiligen Stuhl verlangt, — sei sie wirklich oder sei sie anstehend — auf welche der Heilige Stuhl das Recht hat, um so dann alle ungerechten Gesetze im beiderseitigen Einverständnis zu reformieren.

Der faschistische "Corriere d'Italia" drückt diese Vermerkung ohne Kommentar ab, dadurch die Verlegenheit verrönt, die sein Chefredakteur, der Urheber der oben-

genannten Beschlüsse, Mattei-Centilli, dabei empfinden muss. Anders dagegen die "Tribuna", die jetzt dem Inneminister Federzoni gehört, der großen Wert darauf legt, als Katholik aufzutreten. Das vatikanische Organ wird im Kommentar der "Tribuna" stark mitgenommen, ihm Unwohlstimmigkeit und Undankbarkeit gegen den Faschismus vorgeworfen, der die Religion wieder zu Ehren im öffentlichen Leben bringen wolle. Besonders heftig sind seine persönlichen Anwürfe gegen den Kardinalstaatssekretär Gaspari, den es den Vater und Schöpfer der Volkspartei — Popolare — nennt, und einen Freund demokratischer Ideen und des Parlamentarismus.

Ahnlich drückt sich auch das Organ Mussolinis aus, während das Freimaurerblatt "Corriere d'Italia" ganz aus dem seelischen Gleichgewicht geraten ist und bereits die Integrität des italienischen Bodens durch päpstliche Machtdramen bedroht und den Kirchenstaat wieder erreichen sieht.

Alle drei Blätter machen sich dabei den Umstand zu nutze, dass der "Osservatore" über das Leichenbegängnis der Königinmutter nur einige Zeilen gebracht habe und dies im lokalen Teile und gleich hinter einer Meldung die Schließung zweifelhafter Ballokale betreffend. Der "Osservatore" sucht dies als ein Verleben des Drudenlehrlings zu entschuldigen, findet aber wenig Glauben bei den in ihren patriotischen und monarchistischen Gewissheiten verankerten, um so mehr, da ähnliche Verse des "Osservatore" auf Abschätzungen des Chefredakteurs — eines Grafen Terre — schließen lassen. Ob man damit auf die auch als zusätzliche hingestellten Artikel des "Osservatore Romano" gegen das taktische Zusammearbeiten der Katholiken mit den sozialistischen Parteien aufmerksam macht oder nicht, kann man nicht gerade auf eine günstige Aufnahme der auf dem Wege über die öffentliche Diskussion in den Zeitungen erfolgten Aufforderung schließen.

Ob dieser Weg überhaupt in einer so delikaten Frage gangbar ist? Die Erfolge des "Osservatore Romano", auf ähnliche Weise die diplomatischen Beziehungen mit der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Italien zu regeln, sind nicht gerade ermutigend.

Ob es überhaupt zweckmäßig erscheinen mag, mit einer auf Gewalt gegründeten Diktaturregierung, wie derjenigen Mussolinis, eine solche Frage zu regeln, wo Diktaturen nie von langer Dauer sind, und ihre Gesetze meistens sofort nach ihrem Falle wieder aufgehoben werden?

listen in Kärnten und Oberösterreich, würde bei allem Verständnis für die Sachlage und Opportunität eine solche Regierungskoalition, die namentlich Nationalrat Dr. Gürler gerne sehen würde, im Volke nicht verstanden werden und würde bei den Christlichsozialen wohl nahezu einstimmige Ablehnung erfahren, im Gegenzug zu den Sozialdemokraten, die mit Gewalt nach der Regierungsmacht streben und auch eine schwarz-rote Koalition in Kauf nehmen würden; denn eine sozialdemokratische Regierung mit den Großdeutschen ist trotz gewisser kulturpolitischer Berührungspunkte noch unmöglich.

Am 15. d. M. wurde das Kabinett Ramek II. nach dem Vorschlag des Haupthausschusses vom Nationalrat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und bei Stimmenenthaltung des freisinnigen Landbundes gewählt. Bundeskanzler Dr. Ramek zeichnete in seiner Regierungserklärung die Richtlinien auf, die man als ein Wirtschaftsprogramm gegen die drückende Not bezeichnen kann. Für die Förderung der Wirtschaft steht die Regierungserklärung vor allem das freie Verfügungsrecht der Nationalbank über die Reste der Nöherbundsanleihe zugunsten des heimischen Gewerbes, der Industrie und der Landwirtschaft vor. Des weiteren wird die Regierung bemüht sein, nach Kräften dem Inlandsmarkt langfristige Auslandskredite zuzuführen; Hand in Hand damit soll ein weiterer Abbau des Zinsfußes erfolgen. Zur Verringerung der Produktions- und Regiekosten fordert sie Arbeitgeber und Arbeitnehmer um geeignete Vorschläge auf. Zur Entlastung der Produktion wird die Regierung eine Steuerreform mit dem Ziele Abbau der Steuern und Vereinfachung des Steuermessens ausarbeiten. Auch die Fürsorgeabgabe soll in gleichem Sinne eine Reform erfahren. Ferner besteht die Regierung auf der in Verhandlung stehenden Mietensreform. Im Zusammenhang damit soll die Kleinrentnerfrage durch Aufwertung gewisser Pfandsordnerun-

gen geregelt werden. Für die Landwirtschaft ist außer dem Landeskulturförderungsgesetz auch weiterhin die Kunstdünger- und Saatgutaktion durch unterstaatlische Darlehen vorgesehen. Vieh- und Milchwirtschaft sollen zielbewußt gefördert werden. Hochwertige Waldsamen werden in Verbindung mit einer obligatorischen Kontrolle für den Holzzuwuchs eingeführt; 12 Millionen Waldfolzen stehen bereits für dieses Jahr zur Verfügung. Von allgemeiner Bedeutung für alle Zweige der Landwirtschaft sind die agrarischen Operationen, insbesondere durch Zusammensetzung, die bisher bereit 135 000 Hektar betragen und dadurch 20 Prozent an Betriebskosten erspart werden konnten. Bezuglich der Handelspolitik geht das Vorstreiben nach einem freieren Verkehr des Exports, wobei jedoch geforderte einheitliche Produkte geschaffen werden sollen unter Bedachtnahme, das Zollniveau zwischen Österreich und den interessierenden Staaten auszugleichen, weshalb in nächster Zeit einige Positionen des autonomen Zolltarifes erhöht werden. Über Aufschlagnärrte zu bereits bestehenden Handelsverträgen wird mit Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei verhandelt werden. Den Bundesbahnen wird zur Förderung heimischer Produkte eine entsprechende Tarifpolitik nahegelegt. Das große Ziel der Regierung ist die Kräftigung der Volkswirtschaft und die materielle Besserstellung der Staatsbeamten und Pensionisten. Die Regierungserklärung wurde gewonnen, noch Opposition und Regierungsparteien und zwischen ihnen die bald rechts, bald links schielende Vier-Männer-Partei der Landbündler.

Dass die Christlichsoziale Partei das Wirtschaftsprogramm des steirischen Flügels nicht vollends abgelehnt hat, geht aus einer Rede Dr. Seipels hervor, in der er betonte, dass man Dr. Ahrer erfreut werde, wenn die Voraussetzungen für so ein großzügiges Programm gegeben seien werden. Dr. Ahrer, der jugendliche Held auf der politischen Bühne, ist durch seinen Abdruck keineswegs ins politische Ausgedehnte gegangen, als unverbrauchte Kraft mit großen Ambitionen hat er zweifellos noch eine Zukunft vor sich. In der christlichsozialen Fraktion wird er als der kommende Bundeskanzler gesehen. Unabhängig von den Ereignissen der letzten Tage ist der Rücktritt des Vizekanzlers a. D. Dr. Finck von der Obmannstelle der christlichsozialen Nationalfraktion. Seine 78 Jahren und die schwer erschütterte Gesundheit waren einzige und allein Ursache des Rücktrittes, der ungemein bedauert wird. Als sein Nachfolger wird der Parteivorsitzende Prälat Dr. Seipel genannt.

Die europäische Kreditbank

Dieser Tag ist Mitteilung von der Gründung großer Zusammenschlüsse gemacht worden, die Kreise nach Deutschland, um Gelder für die deutsche Industrie in der Form des Anhauses deutscher Aktien machen. Die Vorteile für die eine Seite bezüglich der Erlangung nützlicher Mittel und für die andere Seite bezüglich der Sicherung liegt ja auf der Hand. Nun ist aber, übrigens auf Grund schon lange laufender Vorbereitungen diese Einrichtung nicht auf Deutschland allein beschränkt, sondern es sind Vorbereitungen im Gange, um solche Kreditlinien auch anderen europäischen Ländern zugute kommen zu lassen. Und das hat zu dem Plan der Gründung einer Bundesreserve-Bank für Europa geführt, die also den Charakter einer Kreditbank für Europa haben müsste. Die Tätigkeit einer derartigen Bank müsste natürgemäß bei der deutlichen wirtschaftlichen Lage Deutschlands von ganz außerordentlicher Bedeutung für die deutsche Wirtschaft werden. Es handelt sich noch nicht um eine feste Gründung, wohl aber um Pläne, hinter denen bedeutende Finanzkreise, insbesondere die Bank von England und große amerikanische Banken stehen. Englisches amerikanisches Kapital würde in dieser Bank den größten Anteil stellen.

Deutschnationale Anträge auf Verfassungsänderung

Auf der Reichsgründungsfeier der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin huldigte Graf Westarp in seiner Festrede an, dass die Deutschnationalen eine Reihe von Anträgen im Reichstag einbringen würden, die eine Einschränkung der Jugendfreiheit des Reichstages anstreben. Bei den Anträgen handele es sich um die Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und Änderung des Artikels 54 der Reichsverfassung, wonach der Reichskanzler bei jedem Abstimmensvotum einer Reichstagsmehrheit zum Rücktritt gezwungen sei. Verlangt werde das Recht für den Reichspräsidenten, durch Entlastung oder Erinnerung des Reichskanzlers eigene Politik zu treiben; wie es z. B. in Amerika möglich sei. Im Reichstag müsse Brechen den Vorstoss erhalten. Schließlich würden die Anträge eine Herabsetzung der Zahl der Richterabschöpfungen fordern. Für den Reichstag könnte man am praktischsten zu einer Herabminderung der Mandate gelangen, wenn man das Wahlalter auf 24 oder 25 Jahre heraufsetze.

Dass die Deutschnationalen Partei die gegenwärtig nicht ohne ihre Mitschuld verfahrene politische Lage dazu benennen würde, um einen neuen Anlauf gegen die Verfassung zu unternehmen, war vorauszusehen. Dass die Verfassung verfehlungsfähig ist, wissen wir. Nur wird man nicht gerade den Deutschnationalen den Gefallen tun, die Verfassung dort zu ändern, wo es ihnen geht.

Was ist nun richtig?

Dieser Tag ist unvordersprochen aus Grund von Mitteilungen aus mehreren parlamentarischen Kreisen die Nachricht verbreitet worden, dass der Führer der Deutschen Volkspartei, der Abgeordnete Scholz, in einem Augenblick, in welchem die Verhandlungen über die Schaffung der großen Koalition noch nicht abgeschlossen waren, in welchem es vielmehr ganz außerordentlich auf die Haltung der Deutschen Volkspartei ankommt, ob diese Verhandlungen zum Ziel führen, beim Reichstagspräsidenten vorgesprochen und in wohlvorbereiteter Rede die Bedenken der Deutschen Volkspartei gegen die große Koalition zum Vortrag gebracht habe. Der Reichspräsident hat diese Bedenken abgewichen und gesagt, dass er die große Koalition will und, und das im gegenwärtigen Augenblick das Vaterland über der Partei steht. Der Abgeordnete Scholz hat gegen diese Mitteilungen Einspruch erhoben und sie als nicht richtig bezeichnet, er sei überhaupt seit längerer Zeit nicht beim Reichspräsidenten gewesen. Nun aber bringt in der Nummer vom Montag, den 18. Januar, der „Berliner Volksanzeiger“, nachdem er die Bedenken der Deutschen Volkspartei gegen die Zusammenziehung des neuen Kabinetts schildert, wörtlich folgende Nachricht: „In einer großen Aussprache, die der Führer der Deutschen Volkspartei, der Abg. Scholz, mit dem Reichskanzler in der Mitte der vergangenen Woche hatte, hat die Volkspartei dem Kanzler ihre Bedenken unterbreiten lassen.“ — Danach wäre es also doch richtig, dass die Volkspartei diese Bedenken gemahnt hat, nur soll es nicht beim Reichspräsidenten, sondern beim Kanzler gewesen sein. Außerdem erhält sich doch die Frage, wer denn beim Reichspräsidenten von der Volkspartei diese Bedenken getestet gemacht hat. Vielleicht gibt die Deutsche Volkspartei Rücksicht über die Rolle, die dabei der Abgeordnete Dr. Curtius gespielt hat.

Ein letzter Versuch

Luther gibt den Plan eines Kabinetts der Mitte nicht auf — Der Gegensatz zwischen Demokraten und Bayerischer Volkspartei — Ein Beamten-Kabinett?

Berlin, 19. Januar
(Drahtbericht unserer Berliner Vertretung)

Dr. Luther hatte mit den Parteiführern Verhandlungen, zunächst mit den demokratischen Vertretern, von denen nicht Koch, sondern Haas die Rücksprache führte. Diese Rücksprache dauerte nur kurze Zeit, da die demokratischen Vertreter erklärten, dass sie keine weiteren Vorstöße zu machen hätten. — Der Reichskanzler Dr. Luther hatte dann nacheinander Einzelbesprechungen mit den Vertretern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei. Am Schluss davon stand eine gemeinsame Konferenz Dr. Luthers mit den Führern dieser drei Parteien statt. In dieser Konferenz soll noch einmal geprüft werden, ob eine Möglichkeit besteht, die demokratische Fraktion zu einer Regierungsbildung der Mitte heranzuziehen. An dieser Besprechung nehmen auch der Außenminister Dr. Stresemann, der Arbeitsminister Dr. Braun, der Postminister Dr. Stigl und Reichswirtschaftsminister Dr. Gehler teil. Die Konferenz dauert noch an.

Die parlamentarische Lage ist jedenfalls zurzeit noch ungeklärt. Das kann man aber wohl sagen, dass Meldungen, die behaupten, die Bildung eines Kabinetts der Mitte sei unmöglich, nicht den Tatzen entsprechen. Gegenwärtig werden die Verhandlungen zur Bildung eines Kabinetts der Mitte noch mit allem Nachdruck fortgesetzt. Man kann also nicht sagen, dass die Verhandlungen endgültig als gescheitert anzusehen

parlamentarischen Begehung des Innenministeriums erachtet die Fraktion die Begehung mit einem Fachmann als richtige Übung. — Da nach Erledigung dieser beiden Punkte wird die Stellungnahme zu den weiteren Verhandlungen sich gestalten.

Weiter wurde in der Sitzung bekannt, dass der bayerische Abgeordnete Hepp das Landwirtschaftsministerium in einem Kabinett, dem der Abgeordnete Koch angehört, nicht übernehmen würde. — Koch stellte darauf sein Mandat seiner Fraktion zur Verfügung. In späteren Stunden hat nun die demokratische Fraktion einflussreichste Besprechungen geführt, die am Beginn der heutigen

Verhandlungen mitgeteilt werden soll. Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei ist nicht gewillt, infolge des Einbeachs der Bayerischen Volkspartei auf ihre Wünsche für die Begehung des Ministeriums des Innern zu verzichten. Sie hat diese Begehung aus der Überzeugung vertreten, dass durch sie die Absehung der Innenpolitik im Geiste der Verfassung gesichert werden soll. Sie ist nicht in der Lage, diese Überzeugung vor einem unbegründeten partikularistischen Maßnahmen preiszugeben.

Weiter kompliziert wird die Lage dadurch, dass der Reichswirtschaftsminister Dr. Gehler erklärt hat, er werde in dem neuen Kabinett ein Amt nur annehmen, wenn die Demokratische Partei in der Koalition vertreten sei.

Die Verhandlungen Dr. Luthers mit den Fraktionsführern sind heute früh um 10 Uhr wieder aufgenommen worden. An der Besprechung nehmen teil für das Zentrum Marx, für die Deutsche Volkspartei Scholz und Bäp, von den Demokraten Haas und Eckelz und von der Bayerischen Volkspartei mit:

Die Besprechungen Dr. Luthers mit den Fraktionen sind gestern abend um 8 Uhr abgebrochen worden, ohne dass eine Klärung erreicht worden war. Beimstanden standen die Ausschlüsse der Bayerischen Volkspartei und der Demokratischen Partei einander so verschlossen gegenüber, dass von vielen Seiten befürchtet wird, ob die Bildung eines Kabinetts der Mitte überhaupt noch möglich ist. — Am Anfang der gestrigen Verhandlungen am Nachmittag teilte der Abg. Leicht folgenden Beschluss der Bayerischen Volkspartei mit:

„Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei erklärt, an der Übung der Kabinettbildung mit Herren Koch als Innenminister ist untragbar und würde beim Aushalten an dieser Übung an einer Koalition auf die Grundlage nicht teilnehmen. Angelichts der großen politischen Schwierigkeiten für den Fall einer partikularistisch

ausgerichteten Bildung werden in der Morgenpresse perlmutterlich berichtet, die Mehrzahl der Berliner Morgenblätter rechnet mit dem Scheitern des neutralen Kabinetts der Mitte. Wie der „Berliner Volksanzeiger“ schreibt, willst du Dr. Luther dann mit einem freiwilligen Kabinett, andere Zeitungen prechen von einem Beamtenkabinett, vor dem Reichstag treten. Der „Vorwärts“ erklärt, eine Beamtenregierung Luthers werde ich mir halten können, wenn sie das Zentrum für sich gewinne. Scheitere sie, so bleibe als einziger verlässlichster Platz nur die Auflösung des Reichstages.“

Der Fall Mahraun

Der „Hochmeister“ des „Jungdeutschen Ordens“ unter der Anklage des Hochverrats

lich der Verhandlungen an die zuständige Stelle, nämlich den Reichskanzler und den Außenminister, verweisen. Von einer Zustimmung oder einem Einverständnis des Reichspräsidenten mit den entwickelten Gedanken ist keine Rede. Die Unterhaltung ist protokollarisch festgehalten worden.

Über das Verfahren, das von Seiten der Kasseler Staatsanwaltschaft eingeleitet worden ist, wird strengstes Stillschweigen bewahrt. — Die „Württembergischen Verbindungen“ haben alle Beziehungen zum Jungdeutschen Orden abgebrochen. In der „Ballei“ Hessen sind der „Groß-Komtur“ Schaumlöffel und andere Mitglieder auf Grund dieser Vorgänge aus dem „Orden“ ausgetreten.

Es bedarf keiner Erörterung, dass eine Klärung des Falles abgewartet werden muss, ehe ein abschließendes Urteil möglich wird. Heute aber schon steht fest, dass die Leiter einer Organisation, die sich als besonders national und vaterländisch ausspielt, mit französischen Politikern und Staatsmännern verbündet haben, um ausgerechnet von diesen für Deutschland wichtige Vorstöße gemacht zu erhalten. Und das sind dieselben Kreise, die Stresemann und alle diejenigen, die auf eine Vereinigung mit Frankreich hinarbeiten, als franzosenfreudig und dergleichen anprangern zu sollen glaubten. — Dass die Person des Reichspräsidenten in unberechtigter und geschmackloser Weise in die Debatte gezogen wurde, wird wohl auch die Begeisterung dieser abküllen. Die bisher von Mahraun und seiner Tochter alles Hell erwarteten. Die ganze Allde zeigt wieder, was das ganze Unwesen der Geheim- und Kampfbünde lebt. Endes bedeutet: eine Gefahr und Schädigung für den Staat.

Das entrichtete Südtirol

Eine neue faschistische Gewaltmaßnahme

Bogen, 19. Januar

In einer Verordnung der italienischen Regierung wird bestimmt, dass die Vermögensbehörden das Recht haben, die Optionen aufzuheben, wenn sich herausstellt, dass der Untant sich wegen seiner politischen Haltung der italienischen Staatsangehörigkeit unwürdig zeigt. In Zukunft können daher auf Grund einer einleitenden Verordnung alle politisch Verdächtigen Südtirols nach Überhennung der italienischen Staatsangehörigkeit ausgewiesen werden. (!)

Die deutsche Presse in Nordtirol und die gesamten österreichischen Wälder erheben Schärfe Einspruch gegen diese neue Verordnung des Deutschen, das durch diese Bestimmung völlig entredet wird. Sie weisen darauf hin, dass hierdurch alle Deutschen für vogelstark erklärt werden. Das Presseamt der faschistischen Partei Italiens teilt mit, dass jenseits der italienischen Grenzen in allen Orten Touristendörfer gegründet würden, die die Aufgabe haben, die Italiensierung dieser Gebiete zu fördern.

Der Bischof von Meißen in der Rheinpfalz

Man schreibt uns aus Ludwigshafen am Rhein: Das neue prächtige Gelände der hiesigen St. Ludwigskirche erlöst heute zu Ehren des fächerlichen Oberhirten, der auf einer, wenn man so logen darf, Missionsselbst, um für den Bonifatiusverein im allgemeinen und für die Diaspora-Selbst, seiner Diözese hier ein; heute früh um 8.30 Uhr wurde der hohe Guest vom katholischen Männerverein (mit Fahne), der Geistlichkeit und weigekleideten Mädchen zur Kirche geleitet, nachdem ihm eine Schärke vorher am Pfarrhaus einen poetischen Willkommen grüßt geboten hatte. Dem Pontifikalamt ging eine eindrucksvolle Predigt des Oberhirten voran, die den zahlreichen Gläubigen in erstaunlichen Zahlen und Beispielen die Lage unserer Glaubensbrüder vor Augen führte und eindringlich zur Unterstüzung der Diasporakatholiken und zum Eintritt in den Bonifatiusverein aufforderte. Die nachher vorgenommene Kollekte erzielte ein recht erfreuliches Resultat. In der letzten heiligen Messe um 11.30 Uhr predigte der Bischof nochmals mit demselben schönen Erfolg, um nochmitten nach Speyer weiterzureisen. Dasselbe war im hohen Dom um 5.30 Uhr die Predigt des Meißner Oberhirten angelegt, während in den Gottesdiensten am Vormittag bereits verschiedene Beauftragte des Bonifatiusvereins über das gleiche Thema gesprochen hatten. Möge dem verehrten Oberhirten der Diaspora-Selbst, seine Besuch in der Pfalz noch recht lange als angenehme Erinnerung im Gedächtnis haften bleiben.

12 Jahre Juchthaus für Grans

Hannover, 19. Januar (Drahtbericht) Am Grans-Prozess verhinderte heute noch unerhöhländiger Beratung des Gerichts der Vorsteher Dr. Höchstmann am 1 Uhr 20 Minuten das Urteil:

Das Urteil des Schwurgerichts vom 19. Dezember 1924 wird aufgehoben, soweit es den Händler Grans betrifft. Grans wird wegen Beihilfe zum Mord in zwei Fällen zu einer Gemeinschaftsstrafe von 12 Jahren und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Die bürgerlichen Ehrentrechte werden ihm auf die Dauer von 10 Jahren überkannt.

Schiffskatastrophe auf dem Schwarzen Meer

21 Seeleute ertrunken.
Sukareff, 19. Januar. Auf dem Schwarzen Meer ereignete gestern ein schwerer Orkan. Der Kreuzer „Samidje“ traf auf der Fahrt nach Sinop auf hoher See Teile des türkischen Dampfers „Enup“ an. An der Mastspitze hatten sich vier Personen, darunter zwei Söhne des Kommandanten festgeklammert. Sie gaben an, dass der Dampfer „Enup“ mit einer Ladung von 400 Ochsen auf der Fahrt vom Bosporus nach Sinop von dem Orkan überschlagen und vollständig zerstört worden ist. 21 Mann der Besatzung fanden den Tod in den Wellen. Die vier Gezeiteten hatten zehn Stunden lang mit den Wellen gekämpft.

Das Berliner Sechslägerennen

Berlin, 19. Januar. Die Hälfte des Berliner Sechs-Tage-Rennens war heute frisch erreicht. In der ersten Stunde des heutigen vierten Tages wurde eine wilde Jagd entfacht, die eine neue sensationelle Wendung brachte. Die bisherige Spitzengruppe Hahn-Tietz wurde wegen schlechter Abfahrt mit einer Verluststrafe bestraft, so dass sie damit auf den vierten Platz zurückfielen. Die Spitzengruppe bildet somit zurzeit leicht sechs Paare. In den Morgensunden unternahmen verschiedene Sechs-Tage-Fahrzeuge Vorläufe, die aber ohne Erfolg blieben.

Witterungsausichten: Wechselseitig, vorwiegend stark wechselseitig. Junge Luft aus Süden des Schwarzen Meeres. Im Laufe des heutigen Tages erneute Niederschläge, vorwiegend zumeist nod. als Schne. Temperatur anfangs noch wenig geändert, spät ansteigend, im Hochland bis um 0 Grad. Schwäche bis mäßige Südwest, auf Südliche bis westliche Richtungen dreiviertel Winde. Allgemeiner Witterungscharakter der nächsten Tage vorübergehend etwas Nachlassen des Frostes, im Hochland Temperatur bis um 0 Grad.

18. Januar und konfessioneller Friede

Auch ein Beitrag zur Regierungsbildung!

In der „Täglichen Rundschau“, dem parteilosigkeitslosen Organ der Deutschen Volkspartei, nimmt der wegen seiner Katholikenhehe berüchtigte ehemalige Hosprediger Doehring unter dem obigen Titel das Wort. Wie führen nur folgende, den ganzen Geist dieser Ausschüttungen kennzeichnenden Sätze an:

„Der vaterländische evangelische Bräugung muss auch für Nichtevangelische etwas derart Erwähnendes haben, daß sie sich ihm nur dann entziehen können, wenn er von seinem Wesensbestande ein ausschlaggebendes Stück eingebracht hat oder Bestrebungen von außen her eingelegt haben, die eben jenes Erwärmende geflüstertlich abzulösen bedacht sind. Beides ist im gegenwärtigen Augenblick der Fall. Und zwar liegen die Dinge besonders deutlich in Preußen. Das, was die beiden Konfessionen schiedlich, friedlich nebeneinander hält und sie unter vaterländischem Gesichtspunkt zu einer Einheitsfront zusammenholz, war das preußische Königtum. Es ist mit Händen zu greifen, wie seit dem düsteren Tage, an dem man ihm die Katastrophe bereitete, die ultramontanen Einflüsse im Katholizismus Preußens mit sich täglich steigender Wucht und mit allen nur irgendwie möglichen Mitteln einsehen, bis sie nunmehr die Oberhand erlangt haben, so daß heute mit verschwindenden Ausnahmen katholisch und ultramontan eins und dasselbe ist.“

Wir verzichten gerne darauf, diesem Ergriff noch eine eingehende Bildung folgen zu lassen.

Die Schriften und Reden Doehring's haben ja das angehme Merkmal, daß man beim Lesen derselben sofort ohne Umschweife weiß, was los ist. Bei solcher Geistesarbeit des Hoipredigers brauchen andere sich gar nicht mehr die Mühe zu nehmen, den Mann zu richten. Er besorgt das für sich selbst. Noch unterstellt von seinen Kompagnen in Stadt und Land.

Tagesneuigkeiten

Europa im Schnee

Die Schneefälle, die in den nächsten Tagen voransichtlich wieder wärmerem Wetter weichen werden, halten im ganzen Reihe an. In Berlin sind heute 4000 Arbeitslose mit der Begründung der Schneemassen beschäftigt. 200 Schneepflüge sind im Betrieb. An Unterwegs- und Unterkelte wird infolge der nun seit vier Tagen ununterbrochenen starken Schneefälle eine neue Hochwasser Katastrophe befürchtet, die um so grübler werden dürfte, als die Überflutung auf dem platten Lande noch gar nicht restlos beseitigt war. — Am Abend gestern aber vor Schneesturm. Am stärksten waren die Schneefälle am Mittelmeer, sie führten im Hunsrück, Westerwald und in der Eifel vielerorts zu Verkehrsstörungen.

In der Schweiz ist gestern innerhalb 24 Stunden vielleicht ein Meter Neuschnee gefallen. Bezeichnet für den härten Winter ist, daß ein Teil des Zürichsees auf eine Länge von dreihundert Metern eine Eisdecke trägt. Soar im Tessin, bei Murato, ist der See zugefroren. — Aus Belgien, Frankreich und Österreich werden schwer Verkehrsstörungen als Folge der Schneefälle gemeldet. Die italienischen Staatsbahnen nehmen Güterzüge bis auf weiteres nicht mehr ab; auch ein Teil der Personenzüge verkehrt nicht mehr.

Nach einer Meldung aus Chemnitz hat der orkanartige Sturm der letzten Tage im Erzgebirge mannigfache Schäden angerichtet und stellenweise Schneehöhen von 2 bis 3 Meter Höhe verursacht. Manche Straßen sind kaum noch passierbar. Auch in den Wäldern hat der Sturm schweren Schaden angerichtet.

Die Untersuchung der Berliner Gasexplosion

Berlin, 19. Januar.

Im Verlauf der Untersuchung des Explosionsunfalls in Berlin, über das wir berichtet haben, verdrückt sich mehr und mehr der Eindruck, daß es sich nicht um eine Benzinf., sondern um eine Gasexplosion handelt. So ist bekannt geworden, daß am 5. d. M. an den Gasrohren im Keller des Hauses gearbeitet wurde. Ein Gasrohr, das in den Laden führte, ist damals abschrafft worden, weil sich der Seitenhändler elektrisches Licht hatte legen lassen. Es besteht die Möglichkeit, daß bei dieser Arbeit ein Rohr undicht geworden

Bermischtes

— Wo es keine Wohnungsnöt gibt. Während überall in der Welt Wohnungsnöt herrscht, lebt die Stadt Reims an Einwohnern. Die Tätigkeit des Wiederaufbaukomitees war so durchgreifend und seine Mittel waren so reichlich, daß die Stadtverwaltung gewungen ist, einen Aufzug in den Pariser Zeitungen zu erlassen, in dem sie darauf hinweist, daß es in Reims zahlreiche Häuser ohne Bewohner, Geschäfte ohne Kunden und Fabriken ohne Arbeiter gäbe. Sie hofft, daß unter den zahlreichen wohnungslosen Parisiern sich genügend finden werden, die sich entschließen, nach der stillen Provinzstadt überzuziehen.

— Riesenauflagen amerikanischer Zeitungen. Eine der angesehensten Blätter Amerikas, die „Chicago Daily News“, feiert ihr fünfzigstes Jubiläum mit einer Sonderausgabe von 64 Seiten ganz in Kupferdruck, die sich als Geschicht der Entwicklung der Zeitung in Bildern darstellt. Das Blatt hat durchschnittlich einen Jahresgewinn von netto 1.75 Millionen Dollars. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß „Chicago Tribune“ jetzt eine Tagessausgabe sogar von 700.000 Exemplaren hat, die sich an Sonntagen sogar auf 1.100.000 Exemplare erhöht. „Tribune“ ist damit der Auflagenziffer noch an die Spitze der Weltzeitungen getreten.

— Woher kommt der Name Kalz? Das Wort Kalz oder Kaliun leitet sich aus dem Arabischen ab. Die arabischen Alchemisten nannten die wässrigen Auslaugungen von Pflanzenaschen, die ja bekanntlich Kaliun- und Natriumkarbonat enthalten, Al Kalzun; daraus entstand das heute noch allgemein gebrauchte Wort, und später (1807) wurde abgekürzt Kalz oder Kaliun als Bezeichnung des speziellen Elementes eingeführt.

Eine Rundfunktagung in Jena

Jena, 19. Januar. Am 16. und 17. Januar fand in Jena die erste Tagung des deutschen Sendereiches in den techni-

Das alte Lied

Der sächsische Landtag soll wieder einmal aufgelöst werden

Die Kreisdelegiertenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei von Groß-Dresden hat einen Antrag für den sozialdemokratischen Parteitag (am 30. und 31. Januar) gefaßt, der die Wünsche der radikalen Mehrheit folgendermaßen zum Ausdruck bringt:

„Der Unterbezirksparteitag Groß-Dresden fordert die sofortige Durchführung des Heidelberg-Beschlusses zur Sachsenpolitik. Die von den Delegierten empfohlene Parteigenossen sind nach langem Warten empört über die andauernde Miachtung ihrer Beschlüsse und fordern die Landtagsfraktion auf, den bisherigen Koalitionsparallel ein Ende zu machen durch die Auflösung des Landtages. Kommt die Landtagsfraktion dieser Forderung nicht nach, so fordert der Unterbezirksparteitag, einen Streit zwischen Partei und Fraktion zu ziehen und unter allen Umständen dafür Sorge zu tragen, daß die Politik auch im Landtag vertreten wird, damit der Gegensatz zwischen der Politik der Partei und der Politik der Fraktion klar zum Ausdruck kommt. Vom Parteivorstand hofft der Unterbezirk Unterstützung in seinem Bemühen um Wiederherstellung der Demokratie innerhalb der sächsischen Partei.“

Von 232 Partefunktionären stimmten nur 10 gegen diese Entschließung, die jedenfalls zeigt, daß der vorsichtige Heidelberg-Parteitag die Gegenläufigkeit nicht im geringsten aus der Welt geschafft hat. Der Sachsenton ist leicht unter der Oberfläche weiter. Parteitagsbeschlüsse sind eine schlechte Arznei für eine solche innere Krankheit. Eine

Operation aber dürfte dem Patienten nicht weniger schade bekommen. Der Berliner Parteivorstand, der schon lange nur mit Angst nach Sachsen schaut, ist durch die sich allmählich wieder zusätzliche Entwicklung in neuen Augenblicken. Wie verlautet, gibt es sich Mühe, vor dem sächsischen Parteitag eine Entscheidung herbeizuführen, um auf diese Weise Schlimmeres zu verhindern. Und doch wird er das Gute der Befreiung nicht tunnen, ganz gleich, ob der Parteitag redet oder nicht. Die Gegenläufigkeiten liegen doch so tief, wenn man nur den Ton der Auseinandersetzung in der Deutschen Reichs in Betracht zieht, daß man eine mittlere Linie der Einigung kaum noch sieht, ganz zu schweigen davon, daß natürlich der Parteitag selbst ein durchaus radikales Gesicht erhalten wird. Die Harmonie zwischen Landtagsfraktion und Partei wird dadurch Sicherlich nicht gefordert werden.

Lehrbegrenzt haben die Kommunisten in bereitwilliger Voraussicht bereits im Landtag einen Antrag auf Auflösung eingebracht, um auf diese Weise möglichst schnell nach dem Parteitag die Kräfte zu erproben. Angetrieben darum, daß die 28 den Angriffen der Radikalen legendär geflügelt geworden wären, lassen sich jedoch höchstens feststellen, so daß die nächsten Ereignisse eine Wiederholung der bisherigen Lage kaum voraussehen lassen. Gemerkenswert bleibt es aber immerhin, daß ausgerechnet Sachsen noch seine Große Koalition hat, während im Nachbarland die Sozialdemokraten ihren Sonderang aufführen.

ist und sich infolgedessen der Keller mit Gas gefüllt hat, das schließlich durch einen unglücklichen Zufall zur Explosion kam.

Der Schauspieler der furchtbaren Explosionskatastrophe in der Kirchstraße war am Montag nachmittag das Ziel einer wahren Wölkerwanderung. Das Unglückhaus ist noch wie vor in weitern Umfang abgesperrt. Bis allen Hörern der Kirchstraße hört man Pochen und Hämmern, und Dutzende von Gleiswagen mit Soden und Gesteinen standen allenfalls vorüber. — Die Aufräumarbeiten in dem zusammengebrütenen Hause bereiten große Schwierigkeiten. Die Feuerwehr und Vertreter der Polizei haben festgestellt, daß die Grundmauern an mehreren Stellen Risse aufweisen, die vom Keller bis zum 4. Stock gehen. Am Dienstag wird mit den notwendigen Stützmauern begonnen werden.

Der Strafantrag im Revisionsprozeß Grans

Hannover, den 19. Januar.

Der Staatsanwalt Dr. Wilde beantragte nach einem Plädoyer von 2½ Stunden gegen den Angeklagten Grans in den beiden Fällen Honnepell und Wittig eine Zuchthausstrafe von acht Jahren zu erlassen und diese in Abwehr des Jugendstrafvorschriften als Gefängnisstrafe von zwölf Jahren Zuchthaus zusammenzulegen, ihn ferner mit Mächtigkeit darauf, daß der Vermeggrund seiner Handlungen Hohgericht war, die bürgerlichen Ehrenregeln auf zehn Jahre abzurennen, ihn unter Volljährigkeit zu stellen, sowie die gesamte Untersuchungshaft einzurichten.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Teich, beantragte in seinem dreieinhalbstündigen Plädoyer die Freilassung des Angeklagten von allen Punkten der Anklage, wobei er es dem Staatsanwalt überläßt, eine neue Anklage wegen Knüppel zu erheben. In den Spätberufsstunden wurde die Verhandlung auf beide vorzeitig verlegt. Mit der Urteilsverkündung wird in den Mittagsschritten gerechnet.

Der Chriegel des Raubmörders

Ein Rekord in Einbrüchen

Reichenberg, 19. Januar. Der brüchtige Massenmörder Friedrich Krafa aus Rottenberg, der noch seiner Aburteilung harrt, treibt bei der Untersuchung in der zentralen Welle mit den Gerichtsbehörden Chriegel. Er hat noch immer alle ihm nachgewiesenen Morde gelungen, hingegen hat er freiwillig sich zum Könige der Diebe und Einbrecher gestempelt. Er hat nämlich eine Unmenge grober und leichterer Einbrüche, die sich über ganz Böhmen erstrecken, gestanden. Er legt einen besonderen Chriegel hinzu, daß er mit den Ziffern von rund dreihundert einen Rekord aufgestellt hat. Er erklärte, jene Werte, die er nicht veräußern konnte, vergraben zu haben. Auf das Drängen, er möge die Plätze verraten, gab er einen solchen an. Man grub dort nahe der Kapelle und fand tatsächlich alberne Uhren und Silbergeld. Krafa erklärte aber, das sei sein kleinster Schatz. Er beansprucht in zentraler Weise zehn Prozent der Schätze, die er dann nennen wolle. Ihnen würden diese zehn Prozent genügen, um sein künstliches Leben zu erhalten zu können.

ischen Verbänden vereinigten Kurzwellensender und -empfänger statt, die sich zum Ziel gesetzt haben, mit Wellen unter 1000 Meter zu arbeiten. Die Veranstaltung war außerordentlich stark besucht. Zum Präsidenten des Deutschen Funktechnischen Verbandes wurde Prof. Dr. Elau gewählt.

† Die Sonnenfinsternis auf Sumatra. Über das Ergebnis der Beobachtung der Sonnenfinsternis auf Sumatra berichtet Reuter aus Batavia; die von der Swartmore-Expedition aufgenommenen Photographien, die zur Belebung der Einsteinischen Theorie dienen sollten, sind mißlungen. Dagegen wurde die Sonnenhorizont in vorzüglichen Aufnahmen festgehalten. Die von der niederländisch-deutschen und von der amerikanischen Expedition im Zusammenhang mit der Einsteinischen Theorie gemachten Aufnahmen sind sehr gut gelungen. Man besticht, die der Nachprüfung dieser Theorie dienenden Apparate nicht zu zerhören, sondern sie noch einige Monate zur Belebung der Einsteinischen Theorie für Nachaufnahmen zu benutzen.

† Geständnis eines Mörders. Im Sommer des vergangenen Jahres wurde vom Leipziger Schwurgericht der 33jährige Arbeiter Oskar Wilhelm Mühlner aus Collmen bei Goldkirk wegen versuchten Tothangs an neun Jahren Zuchthaus verurteilt. Mühlner stand, abgesehen von den der Verurteilung zugrunde liegenden Straftaten, im Verdacht, auch im Jahre 1922 einen Einbruch bei einem Gutshof in Tannendorf verübt zu haben. Der Täter wurde damals überwacht und von mehreren Personen verfolgt. Um die Verfolger von sich abzuhalten, gab er mehrere Schüsse ab, und dabei wurde der Richter Wissner, der sich an der Verfolgung beteiligt hatte, getötet. Nunmehr hat sich Mühlner in Leipzig-Gerichtsgefängnis zu einem Geständnis bekannt und zugegeben, daß auch der Einbruch in Tannendorf mit seinen Schüssen auf sein Auto kommt. — Das neue Verfahren wird sicherlich nun sehr bald gegen Mühlner eingeleitet werden und auch, wenn das Gericht nicht auf vorläufigen Nachahmung, dürfte Mühlner bei der Höhe seiner übrigen Strafen wohl auf Lebenszeit ins Zuchthaus monieren.

† Einer, der kein einmal Auto fahren wollte... Der 22jährige Josef Bachit aus Wohl bei Trautenau war kürzlich nach Reichenberg gekommen und hatte das leiste aufzutreibende Automobil um 150.000 Kronen gekauft, sich nach endlos zur Probe herumfahren, vergaß nicht, dabei in allen möglichen Varianten abzulegen und zahlte mit einem Scheit. Dieser wurde auch angenommen, und man bezogte dann am Samstag die Paipiere. Bei Abschluß der Versteigerung zahlte Bachit, der sich als reicher Fabrikant ausgab, abermals mit einem Scheit, der vorstellige Beamte fragte aber doch bei der Bank in Neupark an. Nur stellte sich heraus, daß Bachit zwar ein Konto befreit, jedoch nur einen gefälschten Michel eingezahlt hatte. Nach einer Spurtocht nach Friedland wurde Bachit in Reichenberg verhaftet und stand nun vor den Schranken des Gerichts. Er erklärte, er habe nur einmal in einem modernen Auto fahren wollen. Er erhielt 1½ Jahre höheren Kerker und wurde unter Polizeiaufsicht gestellt.

† Hubert Houben, der deutsche Meisterschauspieler ist am vergangenen Freitag in New York eingetroffen. Die Ankunft wurde von der gesamten New Yorker Presse lebhaft besprochen. Die Mitglieder des Illinois Athletic Clubs, auf dessen Einladung Houben nach Amerika gekommen ist, bereiteten dem deutschen Sportsmann eine herzliche Empfangshandhabung.

Schokoladen
Confitüren
Kaffee

Therese Müller
Dresden-N. Wetternstr.

— und Haggott (1910 aufgefundenes Werk, nicht gedruckt). a) Adagio; b) Allegro; c) Menuetto; d) Adagio; e) Polacca; f) Presto. Anmerkend (etwa 9.30 nm.): Pressebericht und Sportkundienst.

Inventur-Verkauf

Bialla Dresden

Wilsdruffer Str. 9
Von 8-10 Uhr. Abend

zufabelhaft billigen Preisen

Oberhemden 2⁹⁵ 3⁹⁰ 4⁹⁰

Kragen 3 St. 1⁰⁰

Selbstbinder von 95 Pf. an

Trikotagen, Klubwesten

Benutzen Sie diese nie wiederkehrende Einkaufsgelegenheit!

8.15 nm.: Mozart-Arie. Mitwirkende: Elisabeth Augustin (Sopran), Otto Braun (Alt), Fritz Zimmermann (Oboe), Paul Müller (Fagott), Albert Weise (Klarinette), Georg Seidel (Horn), Dr. Ernst Lautz (Klarinette). — 1. Konzert für Flöte und Klavier. — 2. Klavierstück aus der C-Moll-Suite: a) Dandamus; b) Et inveniatus es; mit obligatorischer Alt. Flöte, Oboe und August. — 3. Werke: a) Kantate; b) Abendempfindung; c) An die Eltern; d) An die Hoffnung. 4. Galateone für Flöte, Klarinette, Horn

Handel * Wirtschaft * Verkehr

Zinsermäßigung für Rentenbankkredite

Berlin, 19. Januar. Der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank und der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbankdirektion haben den Zinsoff aller an die Personalkreditanstalt begebenen Kredite entsprechend der Diskontermäßigung der Reichsbank mit Wirkung vom 19. dieses Monats um 1 Prozent zu senken beschlossen, mit der Maßgabe, daß der Zinsoff für den letzten Kredittnehmer grundsätzlich auf 10,5 Prozent ermäßigt werden soll. Gleichzeitig beschloß der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbankdirektion, das Angebot der Goldschiffbank anzunehmen, durch das der Deutschen Rentenbankdirektion größere Beträge gegen Ausstellung von Hypothekenabzugscheinen zwecks Sondierung von 7,5 Prozent, zu 9,75 Prozent zur Auszahlung gelangenden, hypothekarisch gesicherten landwirtschaftlichen Darlehen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Internationale Eisenbahn-Konferenz

Dresden, 19. Januar. Die Preßstelle der Reichsbahndirektion Dresden teilt uns mit: Am 14./15. Januar 1928 hat im großen Sitzungssaal des Neuen Verkehrsmuseums zu Nürnberg eine Internationale Eisenbahn-Konferenz stattgefunden, in der unter dem Vorzuß des Tarifamtes München der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Gruppenverwaltung Bayern über die Neuordnung des Güterverkehrs, insbesondere der Verkehrsleitung und -Leitung, bei durchgehender Verbesserung von Sendungen zwischen Deutschland und Ungarn sowie zwischen Deutschland und Österreich beraten wurde.

Außer Tarifamt München und Reichsbahndirektionen Dresden, Ulma, Aßn und Oppeln für die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft waren die 13 ungarischen Staatsbahnen, die Österreichischen Bundesbahnen, die Thüringenswaldbahn Staatbahnen und die Betriebsdirektion der Südbahn-Donaus-Adria-Gesellschaft vertreten. Die Verhandlungen haben trotz der zwischen den beteiligten Eisenbahnverwaltungen bestehenden erheblichen Interessengegenüber zu einem vorläufigen Ergebnis geführt. Die Vereinbarungen, die nach der Beftätigung durch die zuständigen Heimatschäden bedürfen, werden als Grundlage für die Ausgabe direkter deutsch-ungarischer und deutsch-österreichischer Gütertarife dienen.

Russische und polnische Vorriegsforderungen

Dresden, 19. Januar. Es bestehen, wie die bei der Beschäftigungsleitung des Verbandes sächsischer Industrieller eingehenden Anfragen ergeben, vielfach Zweifel darüber, wie man sich Vorriegsforderungen, die die Industrie gegenüber Russland oder Polen hat, zu verhalten habe. Es ist sowohl nötig, darauf hinzuweisen, daß es im wesentlichen von der Regelung der Aufwertungsfrage abhängt, ob es sich empfiehlt, Vorriegsstrafen in Polen einzuziehen. Nach polnischem Recht sollen zwar Wechsel auf 10 Prozent aufgewertet werden. Die Bestimmung soll indessen mit Rücksicht auf die Bestimmung § 23 Abs. 2 der polnischen Aufwertungsverordnung auf deutsche Reichsbangehörige keine Anwendung finden. Für deutsche Reichsbangehörige wäre daher nur eine Aufwertung der dem Wechsel zugrunde liegenden Forderung zu erreichen. Eine gerichtliche Entscheidmachung wird sich jedenfalls erst empfehlen, nachdem das deutsch-polnische Abkommen über den Rechtsvergleich in Kraft getreten ist.

Zu den Vorriegsforderungen, die gegen Südmärkte in Russland bestehen, sei bemerkt, daß eine gerichtliche Entscheidung nicht möglich ist, da nach Art. 2 des Einführungsgesetzes zum neuen RGQ. Streitigkeiten über Rechtsverhältnisse, die vor dem 7. 11. 1917 entstanden sind, von den Gerichten nicht mehr angenommen werden. Es ist eine gerichtliche Verfolgung solcher Ursprüche also ausgeschlossen. Infolgedessen bleibt in solchen Fällen nur die gütliche Erledigung übrig, diese ist durch kein Gesetz behindert. Ob dabei praktisch etwas herauskommen wird, ist fraglich, da die meisten früheren Schuldner durch die Sowjet-Nationalisierungsgefechte verarmt sein dürften.

* Die Leipziger Handelskammer ist dem Gesetzentwurf über den Zwangsvergleich. Die Leipziger Handelskammer nahm in ihrer heutigen Sitzung Stellung zu dem Gesetzentwurf über den den Konkurs abwendenden Zwangsvergleich im Zusammenhang mit dem Gesetz über den Preisabzug. Der Entwurf wurde als mangelhaft durchgearbeitet bezeichnet und Vorschläge für die Verbesserung des betreffenden Gesetzes gemacht.

Einkommensteuer und Körperschaftsteuer. Der Reichsminister der Finanzen hat bestimmt, daß von der Erhebung von Verzugsabschlägen abgesehen werden soll, wenn die jetzt zu leistende Vorauszahlung auf Einkommensteuer und Körperschaftsteuer fast einer Woche nach Fälligkeit erst zwei Wochen nach Fälligkeit eingezahlt wird. Wer also die Vorauszahlung bis zum Montag, den 25. Januar 1928 einzahlte, hat keine Verzugsabschläge zu zahlen. Dieser Zeitpunkt ist aber unbedingt einzuhalten, währendfalls Verzugsabschläge vom eigentlichen Fälligkeitstag, dem 12. Januar ab berechnet werden.

Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage. Nach dem Monatsbericht des Reichsarbeitsblattes im Januar 1928 ist der Auftragszufluss in den meisten Industriegewerben mehr und mehr zurückgegangen. Insbesondere im Dezember begannen die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt bemerkbar zu werden. Nach den Feststellungen der Handelskammern und der Landesarbeitsämter sind größere Entlassungen in der Metall- und Maschinenindustrie, im rheinisch-westfälischen Bergbau, in der Holzindustrie, im Baumgewerbe, in der Industrie der Steine und Erden

und im Bekleidungsgewerbe. Von 3860 Unternehmungen mit 1.47 Millionen Arbeitern und Angestellten wurden vergleichbare Angaben für November und Dezember gemacht. In diesen typischen Betrieben wurde in der Zeit vom 15. November bis 15. Dezember die Zahl der Beschäftigten um 3,8 vermindernt. In den Betrieben mit schlechtem Geschäftsgang waren 60 Prozent der Arbeitskräfte tätig, im November 52 Prozent. Den Betrieben, die ihren Geschäftsgang als gut kennzeichneten, hatten im November 18 Prozent der Beschäftigten angehört, im Dezember sank der Anteil um 15 Prozent.

Neue Konkurse

Bischofswerda (Sa.): Landwirt Johann Schelle, Reichsgerichtsgerichtsbeamter Max Paul Silbermann, Laura, A. bis 25. Februar. — Dippoldiswalde: Löffel und Otto, Bankgeschäft für Indestra und Landwirtschaftsbau Dippoldiswalde, A. bis 10. Februar. — Ehrenfriedersdorf: Strumpf- und Kartonagenfabrikant Gertrud Friede Bell geb. Schmidt, Inhaberin der Firma G. T. Bell, Thum, A. bis 10. Februar. — Freital: Schnittwarenhändler Maria Friede verehel. Gran geb. Helmer, Freital, A. bis 22. Februar. — Glashausen: Jägermeister Georg Siebold Klings, Glashausen, A. bis 20. Februar. — Leipzig: Tobak- und Zigarettenhändler Artur Fränkel, in Leipzig Fränkel und Co., Leipzig, A. bis 12. Februar. Kaufmann Marcel Hölzer, Leipzig, A. bis 11. Februar. Kaufmann Paul Laubert, Leipzig-Gohlis, A. bis 18. Februar. — Meissen: Paul Neuhäuser, Meissen, A. bis 15. Februar. — Mittweida: Clara Marie verm. Schanz, Mittweida, A. bis 30. Januar. Eigentümerberater Friedrich Mag. Bornmann, Lauenhain, A. bis 15. Februar. — Oederan: Zigarettenfabrikant Alfred Arno Löffel, Oederan, A. bis 28. Februar. — Plauen (Vogtl.): Nachhaltig Saatgutgroßhändler Mag. Moritz Schneider, Plauen, A. bis 15. Februar. — Zittau: Textilwarenhändler Max Seubner, Niederoderwitz, A. bis 8. Februar. — Zwönitz: Textilwarenhändler Paul Georg Altenberger, Zwönitz, A. bis 28. Februar. — Chemnitz: Händler mit Haushalt- und Küchengeräten Wilhelm Arthur Burkhardt, Chemnitz, A. bis 17. Februar. — Crimmitschau: Schwammhändler Arthur Oberhardt, Crimmitzschau, A. bis 20. Februar. — Elsterberg: Kurt Golle, Elsterberg, A. bis 24. Februar. — Falkenstein (Vogtl.): Dr. Hermann Weber, Falkenstein, A. bis 29. Januar. — Glashausen: Zigarettenhändler Alfred Bernhard Kähnle, Glashausen, A. bis 20. Februar. — Leipzig: Kaufmann Salomon Koldländer, Leipzig, A. bis 8. Februar. — Reichenbach (Vogtl.): 1. Kaufmann Alfred Robert Demmerich, 2. Webereibesitzer Paul Demmerich, Inhaber der Firma Gebr. Demmerich, Rotschau, A. bis 23. Januar. — Gebr. Demmerich, Gebr. Robert Paul Heinrich, Inhaber der Firma Heinrichs Erben, Rödlich, A. bis 8. März. — Werda: Tischlermeister Albert Seiffert, Werda, A. bis 9. Februar.

Weimar: Kaufmann Otto Münnel, Weimar, Anmeldestift bis 1. Februar. — Zeitz: Maschinentechniker Emil Aurich, Zeitz, Anmeldestift bis 3. Februar. — Eisenach: Kaufmann Reinhold Deutscher, in Eisenach Ernst Reich, Eisenach, A. bis 10. Februar. — Erfurt: Kaufmann Oskar Bodura, Erfurt, A. bis 28. Januar. 1. Schuhfabrik Hartmann und Bergmann, 2. persönlich bestehende Gesellschafter Kaufmann Karl Bergmann und Otto Hartmann, Erfurt, A. bis 20. Januar. 1. M. Meerkheim und Co., 2. Altkaufhändler Kaufmann Wolf Meerkheim, Erfurt, A. bis 26. Januar. — Suhl: Georg Streibelt, Suhl, A. bis 28. Januar. — Weimar: Journeymann Adolf Hesse, Weimar, A. bis 29. Januar. — Zeitz: Zigarettenhändlerin Margarete Werner geb. Jürch, Zeitz, A. bis 18. Februar. — Zeulenroda: Käthchen Heinlothausen, Inhaber Schmid und Fischer, Zeulenroda, A. bis 10. Februar.

Geschäftsauflösungen in Sachsen

Zout "Reichssanierer" wurde die Geschäftsaufsicht angeordnet über: Installateur und Schlossermeister Gust. Schmidt, Königsbrück, — Firma Otto Siegle verm. S. Goßling, Dresden, Grunerstraße 2. — Dresden Neuhausenstraße, Benno Leupold, Dresden, Güterbahnhofstraße 9. — Sächsische Draht- und Metallwarenfabrik Althoff, A. Dresden-A. Marienberg Nr. 29. — Konfektionsgeschäftsinhaber Ernst Bernhard Schulze, Neukirchen. — Zigarettenhändler Bildor Striebel, Kreisberg, Borsigstraße 24b. — Kaufmann Heinrich Lohse, Leipzig, Graafstraße 25. — Firma Süddeutsche Schuhindustrie Cohn und Co., Leipzig, Hainstraße 14. — Oswald Bauer, Leipzig, Orlamünde 12. — Schuh- und Lederwaren, alleinige Inhaber Kaufleute Paul Scheelich und Karl Emil Lindner, Auerbach (Vogtl.). — Aufgegeben: Konditor-Obermeister Rudolf Lehmann, von Aachen. — Kaufmann Oskar Joseph, Zwönitz, Neufelder Schneeburger Straße 14.

Berliner Produkenmarkt

Berlin, 18. Januar. Preise für Getreide und Hülsenfrüchte von 100 Kilogramm, sonst für 100 Kilogramm ab Station. Preise für Getreide: Weizen, märz 245 bis 251, für Jun. 245 bis 271, für Jul. — bis —, für März 268 bis 289, für Mai 278 bis 271, Rogg. — märz 149 bis 160 kommt, 142 bis 149 für Jul. — —, März 174 bis 178, Mai 181 bis 184, Wintergerste 148 bis 162, Sommergerste 180 bis 207, Wintergerste 148 bis 162, Hafer, männlicher 160 bis 171, weibl. — bis —, für Jul. — bis —, für März — bis —, für Mai — bis —, Mais, maizone reif Berlin — bis —, Weizenmehl 92,6 bis 98,00. Roggenmehl 97,00 bis 100,00.

Preise für Getreide und Hülsenfrüchte: alle anderen Körne 100 Kilogramm in Reichsmark.

bis 24,00. Weizenkleie 11,25 bis 11,50. Roggenkleie 9,75 bis 10,25, Hafer 8,10 bis 8,50. Weizenta —, Blüteza-Erben 27,00 bis 35,00. Spiege-Erben, kleine 22,00 bis 25,00. Rauterzehnen 20,00 bis 22,00. Weizenzwiebel 19,00 bis 20,00. Rauterzehnen 20,00 bis 22,00. Weizen, kleine 25,00 bis 28,00. Rapsöl, kleine 11,75 bis 12,50, grobe 18,75 bis 19,00. Sesamöl 19,00 bis 20,00. Rauterzehnen 15,25 bis 16 —. Rauterzehnen 20,50 bis 22,50. Rauterzehnen 8,00 bis 8,20. Vollwertiges Rauterzehnen — bis —. Sonnen-Schrot 20,40 bis 20,50. Rauterzehnen 30,70 8,20 bis 8,50. Kartoffel-Roden 14,50 bis 15,50.

Gute Auslandscurse wirken auch auf die hiesige Börse, die Öfferten für Getreide sind zu hoch, um Abschläge zu fütten. Roggen noch besser gehalten als Weizen. Im Zeitgeldhöhl gab Weizen 8,25 bis 8,50 Mark nach, Roggen für März 1 Mark, für Mai 2 Mark. Für Juli keine Notierung. Gerste ruhig. Hafer unverändert hoch und still. Weiz ruhig.

Dresdner Produktenmarkt

Dresden, 18. Januar. Weizen, inländ., Masse 74 Kilogramm 287 bis 242, Roogen, inländ., Masse 71 Kilogramm 151 bis 156. Sommergerste, kleine 195 bis 215, Wintergerste 170 bis 180. Hafer, männl. 162 bis 180, weibl. 185 bis 190. Rauterzehnen 20,00 bis 25,00. Weizen, p. Platz, 210 bis 215, Rapsöl, klein 235 bis 250, Weizen 26,00 bis 27,50. Rauterzehnen 25,50 bis 26,50. Erben, kleine 27,00 bis 28,00. Rauterzehnen 214 bis 240. Rauterzehnen 10,50 bis 10,75. Rauterzehnen 12,00 bis 12,50. Weizenkleie 10,60 bis 11,80. Roggenkleie 10,10 bis 11,10. Rauterzehnen 50,00 bis 52,50. Rauterzehnenmehl 42,50 bis 43,50. Bräunungsmehl 16,50 bis 17,50. Landwirtschaftsmehl, Typ 70 Preis 37,00 bis 38,50. Roggenmehl, 0,1, Typ 80 Preis 27,50 bis 29,00. Rauterzehnenmehl 1,0, Typ 70 Preis 25,50 bis 26,50. Roggenmehlmehl 10,00 bis 11,00. Rauterzehnenmehl 10,50 bis 11,50. Rauterzehnenmehl 21,00 bis 22,00. Rauterzehnen 8,00 bis 8,50. Weizgerste über Röhl. — Die Preise verbleiben sich bis einschließlich Mai per 1000 Kilogramm, alle anderen Körne per 100 Kilogramm in Reichsmark.

Getreide und Vieh in Thüringen

Thüringen, 18. Januar. Weizen für Mai 174,75, für Juli 181,50, für September 144 1/2, Mais für Mai 84 1/2, für Juli 89 1/2, für September 87 1/2. Hafer für Mai 45,00, für Juli 45,25, für September — —, Roggen für Mai 110,00, für Juli 109,50, für September — —. Eimais für Sommer 18,87,50, für März 15,00, für Mai 15,70. Rapsöl für Sommer 15,57,50, für März — —, für Mai 16,25. Sojed. 25,50, Rauterzehnen 8,00 bis 8,50. Schafe über Röhl. — Die Preise verbleiben sich bis einschließlich Mai per 1000 Kilogramm, alle anderen Körne per 100 Kilogramm in Reichsmark.

Bon Stadtbanteien und Blandbriefen wurden von folgenden Serien an der in der Tabelle aufgeflihrt werden: 5 1/2 Prozent Landw. Blandbr. Serie 4a 12 Gr., da Serie 25 11,60, 4 Proz. da, Serie 22 11 Gr. 1/2, 1/2 Landw. Blandbr. Serie 11 12 Gr., 5 1/2 Proz. da, Serie 18 5,05 Gr., da, Serie 25 5 Gr., 4 Proz. da, Serie 23 5,75 da, 8 und 4 Proz. Sächs. Blandbr. Serie 17a 9,25 Gr., da. Serie 20a 10 Gr.

Fertiggestellte Möllerungen: Deutsche Tonkähne 62 Gr., Polyphon 60 Gr., 4 Proz. Schlagspeis 4,8 Gr.

Industrie-Obligationen: 5 Proz. Felsenwalder 0,20 Gr. 2 1/2 Prozent Erfta. Ahlbacher Erbort 10 Gr., 5 Proz. da, 0,65 Gr., 4 1/2 Proz. Apler. Eich 8 Gr., 4 Proz. Meißner Sellenfelder 7 Gr., 4 Proz. Plauenscher Sagerfelder 10 Gr., 4 1/2 Proz. Soz. Wolfsbüchsen 0,8 Gr., 5 Proz. Chemn. Bayreuth. Eimai. 0,11 Gr., 4 1/2 Proz. Chromo-W. 15 Gr., 4 1/2 Proz. Ernemann 1 Gr., 5 Proz. Heidenauer 0,5 Gr., 4 1/2 Proz. Ros. Ko. 12 Gr., 5 Proz. Venigen. Ros. 0,14 Gr., 4 Proz. Thob. Gräper 10 Gr., 5 Proz. da, 0,75 Gr., 5 Proz. Weilenborner 0,14 Gr., 5 Proz. Fledrichsburg 10 Gr., 5 Proz. Gossenborner 1,07 Gr., 11,27 Gr., 11,37 Gr., 11,37 Gr., 4 1/2 Proz. Gudrun u. Steffen 0,80 Gr., 5 Proz. Döhlen 0,10 Gr., 4 1/2 Proz. Leder 8 Gr., 4 Proz. Sondermann u. Siller 80 Gr., 4 1/2 Proz. Union-Werke 0,75 Gr., 5 Proz. Sonderungsobstes 0,92 Gr., 4 1/2 Proz. Baier. Elekt. 8 Gr., 0,55 Gr., 5 Proz. Elektr. Th. G. 0,01 Gr., 0,5 Proz. da, 0,61 Gr., 0,5 Proz. da, 0,62 Gr., 5 Proz. Landammer 0,20 Gr., Mühlenbau Sel. 0,45 Gr., 4 1/2 Proz. Ruder. u. Steffen 0,80 Gr., 5 Proz. Döhlen 0,10 Gr., 4 1/2 Proz. Ros. 0,15 Gr., 5 Proz. Sondermann u. Siller 80 Gr., 4 1/2 Proz. Kraftwerk Weißflöthe 0,95 Gr., 4 1/2 Proz. Sächs. Elekt.-W. u. Str. 1 Gr., 4 1/2 Thüringer Elekt. u. Gau. 0,66 Gr., 5 Proz. da, 0,68 Gr., 6 Proz. do, 0,72 Gr., 5 Proz. Deutsche Eisenb.-Akt. 0,20 Gr., 4 1/2 Proz. Große Berliner Straßenb. — Gr., 5 Proz. Chem. v. Höben 0,85 Gr., 4 1/2 Proz. Deutsche Auto. 0,12 Gr., 5 Proz. Sartorius 0,18 Gr., 5 Proz. Gräf. Lommatzsch 0,18 Gr., 5 Proz. Hirsch. Lommatzsch 0,18 Gr., 4 Proz. Hirsch. Lommatzsch 0,18 Gr., 5 Proz. Döbeln-Lengenfeld-Blankenburg 0,18 Gr., 5 Proz. Leipzig-Zwickau 0,18 Gr., 5 Proz.

Römisch-Römische Werte

Dresden, 18. Januar. Apollowerk 19, Bachner Santi 100, Emiliauer 80, Edeka 0,08, Ergeb. Holzhandlung 24, Freital u. Lein 64,6, Goldbad 85, Grumbach 21, Hörmann 138, G. L. Stückel 18, Lorenz Rüttichneuer 18, Phoenix 46 bis 48, Schwerzger 40, Weinhäuser 43, Windhild u. Langlotz 19.

Giebeler, Unternehmungen, Rähm. u. Fahrrad-Gef. H.

Rähm. u. Fahrrad-Gef. H. 141,5 143
Rähm. u. Fahrrad-Gef. H. 14 144
Rähm. u. Fahrrad-Gef. H. 130 131
Rähm. u. Fahrrad-Gef. H. 120 121

Giebeler, Unternehmungen, Rähm. u. Fahrrad-Gef. H. 91 92

Giebeler, Unternehmungen, Rähm. u. Fahrrad-G

Zentrum und Wirtschaftskrise

Die Generalversammlung der Handels- und Industriebeiräte der Deutschen Zentrumspartei.

Zu ihrer ersten Generalversammlung traten am Mittwoch, den 13. Januar 1928 die Handels- und Industriebeiräte der Deutschen Zentrumspartei im Haus des Vereins Deutscher Ingenieure zu Berlin zusammen. Die Tagung, die nicht nur aus Partei- sondern auch aus allgemein wirtschaftspolitischen Gründen eine besondere Bedeutung gewonnen ist, war von Delegierten aus allen Teilen des Landes außerordentlich gut besucht. Den Vorsitz führte der Reichsabgeordnete Dr. ten Hompel, der in seiner Begrüßung auf die Bedeutung der Arbeit dieser Beiräte ganz besonders hincwies. Aus dem Bericht des Generalsekretärs der Zentrumspartei, Dr. Bonk, Berlin, erstatte ich folgendes hervorzuheben:

Die heutige Lage der Wirtschaft ist nicht eine Folge der Wirtschaftskrise, der Kreditpolitik der Reichsbank, der technischen Rücksichtlosigkeit der deutschen Industrie, des schlechten Arbeitswillens der deutschen Arbeiterschaft — jede einzelne Erklärung für sich betrachtet — sondern das Ergebnis der letzten zwölf Jahre. Dieser Zustand macht es der Wirtschaft nicht möglich, ihre Aufgaben voll und ganz zu erfüllen. Das wird sie erst dann wieder tun können, wenn sie mit Ertrag arbeitet. Ziel muss deshalb sein, die Rentabilität wieder herzustellen. Zwei Wege führen dahin: den ersten müssen Unternehmer und Arbeiter zum Teil einzeln, zum Teil gemeinsam beschreiten, den zweiten hat der Staat unter Mithilfe der in der Wirtschaft Tätigen zu gehen.

In der ersten Kategorie steht zuerst ein Befreiungsraum von Unternehmer und Arbeiter um das Werk. Das schafft eine Arbeitsgemeinschaft beider ein, um das Beste herauszuholen. Der heutige Zustand ist — wie unter allen Gesichtspunkten betrachtet — so auch unter dem der Ertragshöchstleistung ein unhalbbares. Welches Wert wir gerade bei diesen Erhebungen zuzweisen, erhebt am besten aus unserer Erfahrung, die zwei Referate aufweist, die sich mit diesen Dingen befassen.

Neben diesen mehr sozialen Verbänden müssen unter diesem Gesichtspunkte auch Normalisierung, Typifizierung und Rationalisierung sowie die Technik und Organisation der einzelnen Werke als auch ihre Zusammenschlüsse in Kartelle, Trusts usw. genannt werden.

Die zweite Kategorie, die im wesentlichen Staatsaufgaben umfasst, enthält für die Rentabilität der Werke sehr wichtige Dinge. Im Hintergrund steht die Steuerpolitik. Da man im Jahre 1924 nicht früh genug von den Notverordnungen abging, sind wir erst heute wieder bei der Veranlagung und rechtmäßiger Bewertung. Die Folgen dieser falschen Politik, vorher wir aufs dringendste gewarnt haben, haben sich mit aller Deutlichkeit herausgestellt. Diese Steuerverform 1925 trocknet viele Betriebe, neben der erwähnten Veranlagung und einheitlichen Bewertung die Deffenbichler Finanzbeharrung durch eine gute Steuerhaftigkeit; sie besteht aber auch noch viele Stachelspitzen bei. Ein endgültiges Urteil ist erst möglich, wenn man ihre Auswirkungen im Laufe dieses Jahres erkennen kann. Kleines Erachtens kommen geringere Einnahmen in Frage, auf die sich Reich, Länder und Gemeinden bereits heute einschränken müssen, um vor Überroffungen gefestigt zu sein. Die nächsten Ziele der Steuerpolitik müssen sein, der Steuerverform des Jahres 1925 eine gute Finanzreform folgen zu lassen.

Ebenso wichtig wie die Steuerpolitik ist im Prinzip auf das gesetzte Ziel die Sozialpolitik. Ohne Rentabilität der deutschen Betriebe gibt es auf die Dauer keine Fortführung der Sozialpolitik; deren Durchführung erachtet wir für unabdingbar notwendig. Gerade aus dem Grunde bedauern wir gewisse Überspannungen. Das augenblickliche Ausmaß halten wir als das Höchstmögliche des zu ertragenen. Die im Sommer vorgenommene Sanierung war notwendig, um wieder in stabile Verhältnisse zu kommen. Die sogenannte Erwerbslosenfürsorge muß unter allen Umständen durchgeholt werden. Dogegen schenkt es zweitens, ob der augenblicklich anormale Zeitpunkt geeignet ist, die Arbeitslosenversicherung einzuführen.

Für die künftige Regelung der Arbeitszeit bezüglich Ratifizierung des Washingtons Abkommen weisen wir darauf hin, daß wir wegen der bei uns vorhandenen schlechten Kapital- und Naturverhältnisse besonders im Nachteil sind, wenn wir unseren dritten Produktionsfaktor Arbeit festlegen. Wir halten eine Ratifizierung ohne eine vorhergehende der anderen großen Industrieländer für ausgeschlossen.

Die dritte Gruppe von Staatsmaßnahmen umfasst das zweite Gebiet der Wirtschaftspolitik. Dabei handelt es sich im wesentlichen um eine Erhebung der Abfallkrisse, Handelsverträge, Exportversicherung usw. sind solche. Die staatliche Subvention Englands und der Dumping walisischer Länder, insbesondere Frankreichs wirken dem entgegen. Hier liegt eine der wichtigsten Aufgaben der von uns verlangten Enquetekommission und der kommenden Wirtschaftskonferenz.

Eines der wichtigsten Kapitel der Wirtschaftspolitik ist heute die Kreditpolitik. Die Diskrepanz zwischen verlangtem und möglichen Kredit wird auch weiterhin groß bleiben. Die Reichsbank ist nicht in der Lage, sie zu beheben. Sie ist in erster Linie Währungsbank. Aus diesem Gesichtspunkt heraus

Die Goldwäscher am Klondike

Roman aus der Zeit der großen Goldsuche in Kanada und Alaska.

Von Emil Oronberg.

Copyright durch Wilhelm Goldmann, Verlag, Leipzig 1925.

(II. Fortsetzung.)

Eicher wunderte sich daher auch nicht, daß er keinen anderen Passagiere auf dem Deck gewahrte. Als er über an dem Schornstein vorüberkam, sah er, daß er doch nicht allein war. In der Ecke, die dieser mit dem Aufbau über dem Männerraum bildete, sahen ein Mann und eine Frau, die offenbar in eisigem Gedränge waren, daß sie aber unterbrachen, als Eicher an ihnen vorüberkam. Trotz der dort herrschenden Dunkelheit hatte er die beiden erkannt. Die Frau, oder besser wohl das Mädchen, war die zweite Miss Malony, die er eigentlich als Sekretärin in ihrer Kabine vermutet hatte. Den Mann kannte er unter dem Namen Lynn. Er war ihm bereits allabendlich im Bar-Raum durch seinen ungeschlachten Körperbau, den brutalen Ausdruck seines bartlosen Gesichts und sein gewaltiges, reichhabendes Benehmen den andern Gästen gegenüber unangenehm aufgefallen. Er war der Typus, den der Amerikaner als "Bully" bezeichnet, ein Wort, das aller Wahrscheinlichkeit nach von "Bulle" ableitet ist, dessen Eigenarten der Typus besonders verkörpert.

Eicher war an den beiden vorübergegangen, ohne ihre Anwesenheit hier irgendwelche Bedeutung beizulegen. Das änderte sich aber, als er auf seinem Rundgang um das Deck auf der gegenüberliegenden Seite des Schiffes in der gleichen Ecke eine Männergestalt regungslos sah, deren Abseits, hier den Raucherk zu spulen, unverkennbar war. Erst hatte er den Mann nicht erkannt. Als er aber näher kam, hob dieser sein Gesicht aus dem aufgeschlagenen Kratzen seiner Pelzmütze und legte einen Finger bedeutungsvoll an die Lippen.

Es geschah keinen Augenblick zu früh, denn Eicher war gerade im Begriff gewesen, seinen Freund Kane — denn diesen hatte er zu seiner Unterhaltung in dem nächsten Raucherk erkannt — anzurufen, unterdrückte den Rufen aber noch rechtzeitig und schritt wortlos an ihm vorüber. Er kannte die Gewohnheiten dieses Mannes und wußte, daß, so seltsam sein Verhalten auch manchmal seien, er

Offizier und Volksstaat

„... zu diesem Thema erhält die „Königliche Volkszeitung“ von einem ehemaligen Offizier die folgenden Ausführungen, die nicht nur im Rheinlande Beachung verdienten:

Der Deutsche Offizierebund versandte in den letzten Wochen Briefe, die zum Eintritt bzw. zum Wiedereintritt in den Bund auffordern. Auch in Köln hat unmittelbar nach der November 1918 erfolgten Gründung eine Ortsgruppe von anfänglicher Stärke bestanden, die aber nicht lange nachher auf Grund eines Beschlusses der Besatzungsbehörde aufgelöst werden mußte. Im Hinblick auf die große Sympathie, die der D. O. B. in Köln auch in solchen Kreisen genoß, die ihm nicht beruflich nahestanden, muß es bedeckt werden, daß die Art der Bewegung, wie sie jetzt erfolgt, geeignet sein dürfte, nicht nur diese Sympathien zum großen Teil erhalten zu lassen, sondern auch Spaltung und Unruhe unter denen zu föhren, die dem Bunde angehören beginnen, angehört haben und nun wieder zum Eintritt aufgerufen werden. Das Blatt, das die Vorlesung des Bunde

Eintritt und Wiedereintritt in folgendem aufgesetzt:

Der D. O. B. fordert von seinen männlichen Mitgliedern, daß sie an den Erfassungen der alten Wehrmacht, wie sie in der ungänglichen Einführungsurkunde Kaiser Wilhelms I. vom 2. Mai 1871 niedergelegt sind, unehrenhaftlich festhalten. Deshalb sind sie schamlosig der im Geiste dieser A. R. O. handhabenden Ehrengesetze unterworfen. Das Ehrenverfahren ist in der von vielen Offizier-Vereinigungen übernommenen Ehrenschuh-Ordnung des Bundes (E. S. O.) bis in alle Einzelheiten geregelt.

Schon im Frieden haben viele Offiziere schwer unter dem Dilemma gelitten, in das sie als Christen geraten waren, wenn sie mit der von reinem beruflichen Kastengeist konstruierten und überrohten Ehrengesetzen zu tun bekommen. Aber haben wir denn den Weltkrieg nicht als ein einziges Volk von Brüdern gefilzt? Hat man, zumal uns jünger Offiziere, noch unserer Ansicht vom Ehrenkodex getragen, als man uns zu „Sturmleutnants“ machte, die in vorderster Linie die auszuhobenden Sappen vorgeschrieben? Kann man sich vorstellen, daß Leute, die heute solche Bedingungen aufstellen, im Kriege wirklich zusammen mit dem „Mann aus dem Volke“ im Granatrichter gelegen und mit ihm den leichten Anschlag aus dem gemeinsamen Brothaufen und den leichten Schluß aus dem gemeinsamen Feldflasche geteilt haben? Man weiß ja, daß die Überheblichkeit des „Standesbewußtseins“, der „Ehrenhaft“, bei einzelnen Exemplaren nie ausgestorben ist. Sind denn diese Leute tonangebend im D. O. B. oder hat der Offizierebund als Ganzes vergessen, daß er während viele langer und blutiger Jahre mit dem „Volk“ Treue und Treue getauscht hat? Daß der „Kamerad Muchalter“ oder „Kasten“ oder „Randschwimmermann“ unter Einschluß des eigenen Lebens manchen Standesgenossen von der exklusiven Zugehörigkeit aus der Kavallerie getragen hat? Daraus war das „blaue“ Blut so rot wie das „gewöhnliche“; die Kämpfer wußten und wissen das. Warum also heute, nachdem die Gefahr vorbei, wieder hoffnungslose Habschleppung?

Was soll das ganze? Nach allen tieferhaften Zukünften der hinter uns liegenden Jahre braucht der deutsche Volkskörper vor allem Ruhe, Sammlung, Konsolidierung. Dazu könnte der D. O. B. erheblich beitragen und zugleich einer viel größeren Zahl von Anhängern, die ebenso gute Soldaten und Offiziere waren, wie sie jetzt gute Deutsche sind, die Mitgliedschaft ermöglichen, wenn die Leitung darauf verzichtete, solche Bedingungen zu stellen, die nur den Eindruck erwecken können, daß hier für einen Stand eine Extravaganz geübt wird. Gerade der Offizierebund, dem die Führer des verlorenen Weltkriegs angehören, sollte heute in dieser Beziehung durchaus verächtlich sein; oder will man denen recht geben, die aus dem Aufruhr unter der Einladung „Für Stand und Vaterland!“ herausgekommen sind, daß der D. O. B. heute den Stand über das Vaterland steht . . . ?

mehr sie worgen der jetzt nicht durchzuführenden Diskontopolitik an der Hypothekantenzertifizierung festhalten. Dabei darf sie aber nicht in Gématismus verfallen und insbesondere die Exportförderung nicht vernachlässigen. Die augenblicklich eingeleiteten Maßnahmen entsprechen dieser Forderung. Ob der Diskont ermöglich werden soll, ist eine Frage d. S. Zestehens an der Kontrollierung. Solange diese besteht, spielt der Diskont keine Rolle.

In diesem Zusammenhang muß auch die Wiederbelebung des Bauamtes erwähnt werden; ihre Errichtung ist eine wichtige Aufgabe des Staates.

Trotz aller Maßnahmen zur Wiedererlangung der Rentabilität wird es nicht möglich sein, den gesamten deutschen Produktionsapparat durchzuhalten. Ziel muß sein, wenigstens den wichtigsten wieder rentabel zu gestalten. Dazu gehört Landwirtschaft, Export und lebensnotwendige Industrie.

Die starke Abholz- und Kapitalkrise, von der wir seit Jahren sprechen, unter der wir aber jetzt leben, wird dann am ehesten überwunden werden, wenn jeder einzelne Beteiligte mit Optimismus ans Werk geht, um die Wirtschaft wieder einzurichten.

immer ausgezeichnete Gebäude dafür hatte. Er hielt es deshalb auch für das Richtige, nachdem er auf der Windseite noch einmal an dem Vaare vorübergegangen war, mit einem Schläfen des Oberkopfes, als ob ihm der Aufenthalt an Deck zu fast sei, über die Treppe nach den unteren Räumen zu verschwinden.

Erst am nächsten Abend sah Eicher, der den Tag über sehr beschäftigt gewesen war, Mr. Henry Kane, Abenteurer und Spezialist, wieder. Er saß in der Bar allein an einem Tische, etwas abseits von den übrigen Gästen. Hier herrschte der gewöhnliche laute Betrieb, und man mußte den Ruhenschatz in dem gut durchdrängten Raum um so angenehmer empfinden, wenn man dem Proßfiel des Hafelbörner lauschte, die ein kalter Wind draußen mit harter Faust gegen die festverschraubten runden Schiffsfenster schlug.

Eicher trat, als er gerade einen Augenblick unbeschäftigt war, an ihn heran.

"Kun?" fragte er.

"Kun?" fragte Kane gleichmäßig zurück.

Er merkte, daß Kane nicht geneigt war, ihm mit Mitteilungen irgendwie entgegenzutreten, und wählt den direktesten Weg, indem er sagte:

"Sie scheinen ja für diese andere Miss Malony begeistert zu interessieren?"

"Warum nicht? Sie für die eine, ich für die andere", erwiderte Kane, indem er bedächtig seine Pfeife an seiner Stiefelsohle ausklopfte und sie von neuem zu füllen begann. "Lebzigens sollte Sie das nicht wundern. Sie haben es doch selbst hondernd gefunden, daß hier gleich zwei weibliche Wesen sind, die den keineswegs gewöhnlichen Namen Eileen Malony tragen. Und sie wissen doch, daß mich alles Sonderbare interessiert."

"Und deshalb haben Sie Ihre Unterhaltung mit Lynn belauscht?"

"Bshaw! Was Sie manchmal für garstige Worte gesagt haben. Ich kann doch nichts dafür, wenn sich die beiden auf der anderen Seite des Schornsteins niederlassen und sich dort unterhalten. Wenn es noch mehr warme Blöde an Deck geben würde, hätten Sie sich vielleicht woanders hingesetzt."

"Und Sie dann vermutlich auch", versetzte Eicher trocken. "Haben Sie denn aber nun etwas Interessantes gehört? Wovon sprachen Sie?"

"Oh, nur vom Wetter, mein Lieber Junge. Nur vom Wetter. Sie meinten, daß es recht kalt sei und vermutlich noch kälter werden würde."

Eicher sah dem anderen mit einem prüfenden Blick in das völlig gleichförmig erscheinende Gesicht. Es war ihm klar, daß dieser etwas Bedeutendes erlaubt haben mußte. Das bewies schon der Umstand, daß er nicht bereit war, ihn schon jetzt darüber ins Vertrauen zu ziehen. Er kannte schon Kanes Gewohnheit, alles zu seiner Zeit zu tun, und die hielt dieser im gegenwärtigen Falle augenscheinlich noch nicht für bekommen. Lebzigens konnte er auch die Unterhaltung mit ihm nicht fortsetzen, denn er wurde von anderen Gästen gerufen, und eben trat auch Eileen ein und schritt mit ihrer Heige nach einem kleinen Podium, von wo aus sie mit entsprechenden Bauten die Gäste ihr Spiel hören ließ.

Die laute Unterhaltung schwieg sofort, die Achtung vor einer Lady, die die Amerikaner aller Klassen beherrschte, machte dies selbstverständlich.

Nur einer, der sternadige Mann, der unter dem Namen Lynn bekannt war, schenkte keine solche Rücksichtnahme zu lennen. Er saß direkt vor dem Podium mit einem oder zwei anderen an einem Tische, und während Eileen die Heige ansteckte, rief er ihr mit einer tauenen, halb helleren Stimme zu:

"Na, Mädel, nun viel uns mal die Washington Post, oder den Yankee-Double, oder sonst was Lustiges und nicht immer so langweiliges Zeug, bei dem man vor lauter Kunst keine Muße hat!"

Eileen war tief eröstet, tat aber das Richtige, was sie unter den Umständen tun konnte, indem sie keine Rücksicht von dem Manne nahm. Sie hatte ja schließlich gewußt, daß sie hier nicht die Gabvier finden würde, vor denen sie in ihren Konzerten zu spielen gehabt war. Das gefiel eben zu den Unannehmlichkeiten, die sie mit ihrem Magnat übernommen hatte. Sie hatte dieser Tatfrage aber, wie sie glaubte, bei der Zusammenstellung ihrer Spielfolge untrüglich Rechnung getragen. Nur die ganz banalen Sachen zu spielen, konnte sie sich nicht entziehen, denn es befanden sich auch gebildete Leute unter den Gabvieren, und die Ungebildeten hatten keinen Anspruch darauf, daß nur ihre ununtiaktierter Geschmack berücksichtigt würde.

Eileen war tief eröstet, tat aber das Richtige, was sie unter den Umständen tun konnte, indem sie keine Rücksicht von dem Manne nahm. Sie hatte ja schließlich gewußt, daß sie hier nicht die Gabvier finden würde, vor denen sie in ihren Konzerten zu spielen gehabt war. Das gefiel eben zu den Unannehmlichkeiten, die sie mit ihrem Magnat übernommen hatte. Sie hatte dieser Tatfrage aber, wie sie glaubte, bei der Zusammenstellung ihrer Spielfolge untrüglich Rechnung getragen. Nur die ganz banalen Sachen zu spielen, konnte sie sich nicht entziehen, denn es befanden sich auch gebildete Leute unter den Gabvieren, und die Ungebildeten hatten keinen Anspruch darauf, daß nur ihre ununtiaktierter Geschmack berücksichtigt würde. (Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Umschau

Das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer u. Arbeitgeber

Über diese gerade unter den schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen ganz außerordentlich bedeutende Frage sprach auf der Generalversammlung der Handels- und Industriebeiräte der Deutschen Zentrumspartei, über die wir bereits berichtet haben, Rechtsanwalt Lammers, Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstages.

In den Anfang seiner Betrachtungen stellte er den Sachzettel der Arbeitsgemeinschaftsgedanke von ihm und allen Zentrumsangehörigen als ein soziales, ethisches und christliches Problem aufgesetzt und nach diesen Grundsätzen auch behandelt wurde. Es wäre zu bedauern, daß die ersten sämtlichen industriellen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen umschließende Zentral-Arbeitsgemeinschaft des Jahres 1918 schon nach einigen Jahren der Auflösung verfiel. Die Folge dieses Verlustes jeder Möglichkeit, drängende wirtschaftspolitische Fragen in gegenseitiger offener Ausprache zu behandeln, hätte zu Mißverständnissen auf beiden Seiten geführt, die schließlich das Wort von der sozialen Reaktion ins Leben gerufen hätten. Aber jeder Kampf zwischen den Trägern unserer Wirtschaft, den Unternehmern und Arbeitern könnte nur dann nützliche Ergebnisse zeitigen und wäre nur dann zu billigen, wenn es sich darum handelt, in einer gesunden, normal arbeitenden Wirtschaft einen richtigen Ausgleich zwischen den überhöhten Spartenforderungen beider Teile zu erringen. Heute jedoch in einer Zeit allgemein höchster Bevorrangung und schwerster wirtschaftlicher Depression mühten die Methoden des Kampfes und der Gewaltanwendung zu einer Vermehrung der schon bestehenden Schäden führen.

Bei der überwiegenden Mehrzahl der Arbeiterschaft besteht Empfinden für eine friedlich und ausgleichende Regelung der Arbeitsverhältnisse. Dieses Empfinden werde jedoch leider vielfach durch einen Teil der politischen und gewerkschaftlichen Führer getrübt. Wehnlich liegen die Dinge bei den Unternehmern. So mehrten sich die Streitfälle und beide Teile rieben nicht selten nach staatlichem Eingriff. Nur zu oft seien jedoch amüslische Schlagsprüche gegen das wirkliche wirtschaftliche Interesse des Arbeiters, und ebenso zahlreich auch der Unternehmungen als Wirtschaftskörper ausgefallen.

Von Jahr zu Jahr würden daher die Spannungen, die Arbeiter und Unternehmer voneinander trennen. In Wahrheit verlangten jedoch unsere heutigen geradezu unholzbaren Verhältnisse und die großen Aufgaben der Zukunft eine Befriedigung der Arbeitsverhältnisse in weitestgehendem Umfange, damit endlich der Boden gewonnen werden könnte, auf dem trost aller materiellen Hemmnisse wieder ein geordnetes wirtschaftliches Arbeiten vor sich gehen könnte.

Diese unerlässliche sozial- und staatspolitische Voraussetzung zu schaffen, sei umso dringender, als die politischen Tendenzen gewisser Parteien rücksichtslos und zum mindesten wirkungslos fremd zu sein scheinen. Im Gegensatz zu den egoistischen Einstellungen dieser politischen Gruppen hätte die Zentrumsgruppe den vollen Ernst der Lage seit langem erkannt und sich schon frühzeitig, zum Teil gestützt auf ihre Handels- und Industriebeiräte, mit den wirtschaftlichen Aufgaben der Gegenwart und den Möglichkeiten einer unannehmbaren Lösung weitergehend beschäftigt. Wenn die Zentrumsgruppe auch sehr gewichtige und klare Richtlinien auf den verschiedenen Gebieten der öffentlichen Finanzierung der allgemeinen Wirtschaftspolitik und ähnlichem mehr aufgestellt habe, deren unmittelbare Bedeutung für die Gestaltung unserer gegenwärtigen Wirtschaftsführung groß sei, so liege doch im Augenblick das Gebot der Stunde darin, trotz wachsender Arbeitslosigkeit und schwerster Krise zu einer Interesseneinheit der Arbeiter und Unternehmer zu gelangen. Selbst die Erhaltung unserer Währung, die einen geordneten Produktionsgang zur Voraussetzung habe, hänge ab von einer gesunden Zusammenarbeit zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft.

Den Weg hierzu müßten beide Teile beschreiten. Der Redner gab dabei klar zu erkennen, daß vielfach der Unternehmer Kraft seiner wirtschaftlichen Stellung und geistigen Bildung den ersten Schritt tun könne und müsse, um die Verbündung von Mensch zu Mensch herzustellen. Er stützt nicht darauf ein, daß die jeweiligen Organisationen solche Abkommen vorbereiten und abschließen sollten. Dies sei überwiegend im Hinblick auf die jüngsten Vorgänge innerhalb der Vereinigung der Arbeitgeberverbände zunächst wohl auch erlaubt. Im übrigen befürchtet er auch, daß die Funktionäre beider Gruppen diesen Bestrebungen mitunter mehr hinderlich als förderlich sein könnten. Er trat deshalb dafür ein, daß sich die unmittelbar im Produktionsprozeß Tätigen selbst zusammenfänden.

Die Frage einer neuen Arbeitsgemeinschaft sei nicht nur theoretisch erwogen, sondern auch bereits praktisch behandelt. Der Redner legte dar, welche Schritte unternommen worden seien, um die auf christlichem Boden stehenden Unternehmer und Arbeitssführer zusammenzubringen.

Schon im Jahre 1924 hätten derartige Besprechungen in diesen Kreisen stattgefunden, ohne jedoch erfolgreich zu sein. Überzeugt von der Notwendigkeit, zu diesem Ausgleich zu kommen, hätten auch im vorigen Jahre sehr eingehende Verhandlungen zwischen christlichen Unternehmern und Arbeitssführern unter wertvoller Mithilfe der hohen Geistlichkeit stattgefunden und zu einem Ergebnis geführt. Ende vorigen Jahres sei die ersehnte Einigung in manchen grundsätzlichen Fragen gelungen, so daß jetzt wenigstens die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehenden beiden Gruppen dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft wieder nähergekommen seien.

Es sei zu begrüßen, daß auch in Österreich auf dem gleichen Boden und in der gleichen Zielsetzung gearbeitet wird, wie das ein entsprechendes Hirtenkreisblatt des österreichischen Episkopates anzeigen. Vorausichtlich würde auch in Deutschland eine Verlaufbarung zu diesem Problem von höchster Seite aus erfolgen.

Hinsichtlich der formalen Seite bemerkte der Redner, er sei nicht für eine organisierte Bindung, die starke Verhältnisse

Aufwertungsgesetz und Gewissen

Im Januarheft der Stimmen der Zeit wird die gewiß brennende Frage aufgeworfen: Kann der Schuldner vor Gott und seinem Gewissen sich auf die Aufwertungsbeschränkungen des Gesetzes vom 17. Juli 1925 berufen und eine über das gesetzliche Maß hinausgehende Aufwertung verweigern? Aus der Antwort, die B. v. Rell-Breunig S. 3 auf diese Frage gibt, sei folgendes herausgehoben:

Der Schuldner wird von vornherein geneigt sein, mir sich geltend zu machen, daß er das Gesetz auf seiner Seite habe und guten Gewissen sich an das Gesetz halten könne; Rechtsfragen fallen in den Zuständigkeitsbereich des Staates, und die staatliche Regelung rechtlicher Fragen hindere auch das Gewissen. Der Gläubiger, der mehr fordere, als nach dem Gesetz ihm zustehe, mache sich einer Überrechtschreitung schuldig. Ohne Frage sind Rechtsfragen der staatlichen Gesetzgebung unterworfen; aber der Staat besitzt kein schrankenloses Berichtigungsrecht über die Rechtsverhältnisse seiner Bürger untereinander. Nur insoweit ein, wenn auch nicht zwingendes, so doch überwiegendes Interesse des Gemeinwohls vorliegt, ist es dem Staat erlaubt, in die private Rechtsphäre einzutreten. Nun ist ein schlechtthin zwingendes Interesse des Gemeinwohls, die Rechtsphäre in Geldentwertungs-Rechtsfragen zu beschränken, nicht zu leugnen; die gesetzliche Verzogung derjenigen Rechtsfälle, zu der die staatlichen Organe selbst beim allerbesten Willen sich nicht entziehen können, ist als berechtigte staatliche Notstandsmassnahme wohl anzuerkennen. Der staatliche Richter wird daher im Gewissen verpflichtet sein, sich nach diesem Gesetz zu richten. Ein Urteil, durch das er einen Aufwertungsanspruch, dem das Gesetz die Klugheit und Vollstrecksbarkeit versagt, dennoch die Vollstrecksbarkeit zu erkennen würde, wäre als gegen ein gutes Gesetz verstörend nichtig; der obige Teil dürfte im Gewissen ein derartiges Urteil nicht zu seinen Gunsten in Anwendung bringen. Dagegen ist in gar keiner Weise auszuhören oder einzusehen, welches Interesse des Gemeinwohls es erfordern könnte, daß nicht nur die Rechtsphäre, sondern die rechtlichen Ansprüche beschränkt werden. Ist es aus technischen oder andern Gründen dem Staat nicht möglich, durch seine Rechtsprechungsorgane die Aufwertungsansprüche prüfen und ihre Treu und Glauben entsprechende Höhe feststellen zu lassen, so folgt doch daraus seineswegs, daß der Staat deswegen diese Ansprüche zu seinen Gunsten entziehen oder zum Vorteil des Schuldners ganz oder teilweise erlassen kann. Wenn der Staat sich genötigt sieht, seine Rechtsphäre zu verfügen bzw. auf die Bezeichnung einer Minimalquote zu beschränken, dann muß er allerdings gleichzeitig auch die gewalttätige Selbsthilfe verwehren, denn die Freigabe der gewalttätigen Selbsthilfe bei Verzogung der staatlichen Rechtsphäre bedeute-

den Bürgerkrieg, ja den Krieg aller gegen alle. Verfragt also der Staat notgedrungen — nicht willentlich! — die Rechtsphäre, so ist der Gläubiger im Gewissen verbunden, auch der gewalttätigen Selbsthilfe sich streng zu enthalten. Insofern ist er allerdings tatsächlich entrichtet, d. h. schuldlos, aber darum doch noch nicht rechtmäßig. Welchen Nachteil für die öffentliche Wohl für Gesellschaft oder Wirtschaft, soll es dagegen haben, wenn der Gläubiger ohne Antwortung von Friedensfördernder Gewalttat von seinem Schuldner eine solche Erfüllung der von der Geldentwertung betroffenen Schuld verlangt, wie sie Treu und Glauben, Recht und Willigkeit entspricht? Inwiefern soll es wirtschaftlich untragbar sein, daß vertragte Verbindlichkeiten nach Treu und Glauben erfüllt werden? Eine Wirtschaft, in die Treu und Glauben, Recht und Willigkeit „untragbar“ sind, ist nicht wert, daß sie besteht! Eine Verziehung von Vermögenswerten zwischen zwei Bevölkerungen derart, daß der eine wider Treu und Glauben bevorzugt, der andere wider Recht und Willigkeit benachteiligt wird, kann niemals im Interesse des Gemeinwohls liegen und insoweit niemals vom Staat rechtmäßig angewandt werden; ein Gesetz, das dies anordnen wollte, wäre den Begriffen nach eineleg in lusta, ein ungerechtes und darum nichtiges Gesetz. Im höchsten Falle könnte man zugeben, daß der gesetzliche Aufwertungsbegriff die Vermutung für sich habe, daß im Regelfalle den Erfordernissen von Treu und Glauben nahe kommende Aufwertungsmöglichkeit dazustellen, so daß es dem Gläubiger obliege, diese Vermutung zu widerlegen durch den Nachweis, daß und warum im bestimmten Einzelfalle ein abweichendes Maß durch Treu und Glauben erforderlich werde. Auch Art der Entstehung des Gesetzes erscheint diese Unnachahmbarkeit wenig begründet. Man sucht bei Festlegung des gesetzlichen Aufwertungsmasses nicht nach einem billigen Mittelweg, sondern nach einer direkt bestimmten Obergrenze, doch eine Herabsetzung nur in seltenen, besonders gelagerten Fällen notwendig sein sollte. Mit andern Worten, der gesetzliche Satz hat die Vermutung für sich, nicht ein Mittelmäß, sondern ein Mindestmaß darzustellen, das auch dem leistungsschwächeren und schuldbedürftigeren bzw. schonungsbedürftigeren Schuldner — von wenigen, ganz außerordentlichen Fällen abgesehen — getrost zugemutet werden durfte. Daher wäre vielleicht eher zu sagen: bei einem halbwegs mit heiterer Hand aus der Inflationzeit hervorgegangen Schuldner, insbesondere bei demjenigen, dem durch das seinerzeitige Darlehen oder andere Geschäft vermögenswerte zugestossen sind, die sich heute noch, wenn auch nicht unverändert, bei ihm vorfinden, spricht die Vermutung von vornherein dafür, daß nicht nur seine Leistungsfähigkeit, sondern auch seine Leistungspflichtigkeit nach Treu und Glauben über, oft weit über dem gesetzlichen Aufwertungsbegriff liegen dürfte.

schaften könne und dem raschen Lauf der Dinge heute nicht mehr gewachsen sei. Im Interesse des Wohlergehens unseres Landes und der Sicherung des sozialen Friedens wünscht er, daß nach dem Bekennnis zur Arbeitsgemeinschaft von Seiten der christlichen Gruppe der gleiche Gedanke in umfassender Weise bei allen Unternehmern und Arbeitern einer Verwirklichung zugeführt werden möge.

Im Anschluß an dieses mit außerordentlichem Beifall aufgenommene Referat entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, an der sich Mitglieder aus allen Gegenenden des deutschen Reiches beteiligten. U. a. sprachen die Herren: Wohlfahrt aus Baden, Schleg aus Kassel, Münnig aus Berlin, Lang aus Offenbach, Bürger aus Köln.

Über die bisherige Wirtschaftspolitik, insbesondere die Kreditpolitik wurden von einigen Seiten lebhafte Alogien vorgetragen. Alle Diskussionsredner gaben ihrer Ansicht dahin Ausdruck, die Hauptsaite sei jetzt Arbeit zu schaffen. Demgegenüber müsse alles in den Hintergrund treten. Zu diesem Zwecke sei die Wiederaufnahme des Baumarktes das beste Mittel. Die verschiedensten Vorschläge wurden nach der Richtung hin gemacht. In die Diskussion griff auch der Reichsarbeitsminister Herr Dr. Braun ein, der sich in längeren Ausführungen über die in der Diskussion berührten sozialpolitischen Fragen äußerte. Seine Ausführungen wurden von der Versammlung mit lebhaftem Interesse entgegengenommen.

Nach fast fünfstündigter Beratung wurde die Versammlung, die von allen Seiten als eine eindrucksvolle und außerordentlich gelungene bezeichnet wurde, geschlossen.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß ein Vorstandsentwurf der Allgemeinen R. R. Werkgewerbevereinigung, Den Haag, Herr G. J. Houben in Erwiderung deutscher Besuche in Holland den ganzen Verhandlungen hier beimessen.

Die Wiederaufnahme der Bautätigkeit

Im Reichstag ist folgender von der gesamten Reichstagsfraktion unterstützter Antrag des Zentrums eingegangen:

Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu suchen, gegebenenfalls in Anwendung des Artikels 10 Ziffer 4 der Reichsverfassung, Maßnahmen zu treffen, die die Wiederaufnahme der Bautätigkeit, namentlich von Neubauwohnungen, mit Eintritt der für die Bautätigkeit günstigen Jahreszeit in vollem Umfang ermöglichen und gleichzeitig Vorschläge vorzulegen, welche die Finanzierung der zur Befestigung der dringenden Wohnungsnott erforderlichen Anzahl von Neubauwohnungen sicherstellen.

I. Hierbei ist festzustellen, daß

1. die Gemeinden verpflichtet werden, a) den für den Wohnungsbau erforderlichen Grund und Boden im Bedarfsfall zu bekaufen und zu angemessenen Bedingungen zur Verfügung stellen, um die Anträge einer erträglichen Miete zu ermöglichen; b) bei der Berechnung der Aufbereitungshöfen und Anlagen-

leistungen, namentlich für die Herstellung von Straßen und sonstigen Einrichtungen, tunlichste Verbilligung herbeizuführen; c) erforderlichenfalls einen bestimmten Teil der für die Finanzierung von Wohnungsbauwerken zur Verfügung stehenden Mittel zur Beschaffung von Unterhundertbauten sowie zur Herstellung von Alters- und Ledigenheimen zu verwenden; 2. gewisser Vorabschüttungen erfüllt werden hinsichtlich der Auflagen, welche den Bauherren für die Ausführung der Bauten und ihre Vermietung gemacht werden.

Diese Aussagen sollen sich auf Art. Raumumfang sowie Herstellungsweise der Wohnungen beziehen. Insbesondere sollen sie Vorschriften über die Verwendung von Baustoffen, deren Komierung und Typisierung sowie vor allem für die im großen Umfang heranziehenden verbilligten Serienbaustoffe enthalten.

II. Es ist gemeinschaftlich mit der Reichsbank zu prüfen, ob die Wohnstättbank unter Bürgschaft des Reiches und der Länder im Auslande Kapitalien zum Wohnungsbau aufnehmen kann zwecks Beschaffung der ersten Hypotheken, deren zufällige Verzinsung und Tilgung durch entsprechende Anteile des Aufkommens aus der Hauszinssteuer erfolgen soll.

Wie die Gemeinden sparen

Der Jahresbericht der Dortmunder Industrie- und Handelskammer über das Wirtschaftsjahr 1925 gibt zum Haushaltplan der Stadt Dortmund, laut „Rhein. Westl. Blg.“ folgende Vergleichszahlen:

Der Haushaltplan der Stadt Dortmund schloß im Jahre 1913 mit 19 715 000 Mark (ohne Verlängerung der inzwischen erfolgten Eingemeindungen), 1924 mit 55 814 430 Mark ab. Für das Jahr 1925 sieht der Vorausbau 63 333 400 Mark, also 11,5 v. H. mehr als im Vorjahr vor. Der durch Steuern zu deckende Fehlbetrag betrug 1913 9 024 800 Mark, 1924 = 13 554 300 Mark, 1925 nach dem Vorausbau 17 900 300 Mark. Die Steigerung in 1925 beläuft sich gegen 1924 also auf 32 v. H. gegen 1913 auf 98 v. H.

Die Gründe ergeben sich aus folgenden Zahlen: 1913 wurde bei der Stadt 954 Beamte und Angestellte ausreichlich der Polizei beschäftigt, die insgesamt 1 612 000 Mark erforderten. Nach dem Vorausbau für 1925 beträgt die Zahl der Beamten und Angestellten, ebenfalls ohne Polizei, 1 761 mit einem Gehaltsaufwand von 7 510 000 Mark. Die Bedeutung dieser Ziffer ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung: Zunahme der Bevölkerung seit 1923 = 34,7 v. H. Zunahme der Beamten gegenüber 1913 = 84,6 v. H. Durchschnittseinkommen der Beamten 1913 = 1689,7 Mark. Durchschnittseinkommen der Beamten 1925 = 4264,63 Mark. Steigerung des Durchschnittseinkommens gegenüber 1913 = 158 v. H. Auf den Kopf der Bevölkerung waren also im Jahre 1913 für Bevölkerung rund 6,70 Mark aufzubringen, im Jahre 1925 rund 23,30 Mark. Am einzelnen weisen folgende Verwaltungsgewerke sehr starke Steigerungen auf: Städteverwaltung 91,3 v. H., Friedhöfe 97 v. H., Handelskammern 178 v. H. und Strafeneinteilung und Löhnung 1066 v. H.

Anderwohl darf man ganz die gleiche bittere Erfahrung machen. Sparen ist uns kaum geworden!

Vorstande, Direktor J. Böhn, hatte die Erklärung abgegeben, daß es ihm nicht mehr möglich sei, seinen Posten für das kommende Jahr zu übernehmen. Bräutigam Strohm dankte ihm im Namen der Versammlung für die sehr umfang- und erfolgreiche Tätigkeit, die er als 1. Vorsitzender des Ortsverbandes in den letzten fünf Jahren für das Gemeinwohl der Leipziger Katholiken geleistet hat. — Auch der 2. Vorsitzende, Lehrer Schelinthi, konnte sein Amt wegzugehören nicht mehr annehmen. Die Neuwahl brachte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Geheimrat Treiber von Der, 2. Vorsitzender: Kaufmann L. Große, 1. Schatzmeister: Kaufmann F. Erdel, 2. Schatzmeister: Lehrer J. Steiner, 1. Schriftführer: Kpt. Dr. Scholze, 2. Schriftführer: M. Maria Holzer. Das Rätenwesen für das Gemeindeleben hat bisher vorläufig Tautenbahn übernommen.

Nach der Wahl sprach Herr Gahe über die Bedeutung und unbedingte Notwendigkeit der katholischen Presse, insbesondere für uns ländliche Katholiken der Sächsischen Volkszeitung und des St. Bonifatiuskalenders. Seine sehr berechtigte Aufforderung zur Mitarbeit an den katholischen Pressebestrebungen wurde vom 1. Vorsitzenden wahr befürwortet. — Dann wurde das Programm für die große Katholikentagung am 17. März, bei der Bischof Dr. Schreiber, sowie Bundeskonzler a. D. Prälat Dr. Seipel, Wien, sprechen werden, dargelegt und genehmigt.

Flucht eines verhafteten Einbrechers. In den Mittagsstunden des 15. Januar wurde ein verdächtiger Mann in der Seeburgstraße bei dem Verkauf von Zigaretten und Zigaretten angekommen. Da seine Angaben über den Gewerbe der Ware unglaublich waren, wurde er dem Polizei-Präsidium zugeführt. Im Laufe der Erforschungen stellte sich heraus, daß er in der Nacht zum 14. d. M. in einem Gasthof in Großsteinberg einen Einbruch verübt hatte und die Diebesbeute, einen gefüllten Rucksack und ein Fahrrad in einem Gasthof in L.-Görlitz eingestellt hatte. Als ich der Bursche überführt war, stellte er sich frank. Der Polizeiarzt stellte Nieders und Blutdruckabsturz fest und ordnete die schnelle Überführung in das Krankenhaus an. Von dort ist Richter am Sonnabend, nachts 1/4 Uhr, entwichen. Er hat ein Bettuch zerschnitten, die Teile zusammengebunden und sich aus dem ersten Stockwerk hinabgelassen. Vorher stahl er einen anderen Krempen eine Unterhose und ein Paar Hosenträger. Der Entwichene ist etwa 22 Jahre alt, 1,65 Meter groß, von mittlerer Gestalt und sprach Hochdeutsch mit Berliner Einschlag. —

Beim Ausbauen verschüttet. In der Clara-Wieck-Straße in Leipzig-Schönefeld ist bei einer Schleusenausbauung ein 21jähriger Bauarbeiter durch stürzende Erdmassen bis zum Kopf verschüttet worden. Der Bergungslücke war in der etwa 3 Meter tiefen Schleusenausgrabung mit einem anderen Arbeiter damit beschäftigt, die wieder hineingeworfenen Erde festzustampfen. Die beiden Arbeiter hatten auf dem Grunde des Schachtes der Börde gemäß einige zur Verfestigung benötigte Bretter entfernt, um sie nicht mit zu vergraben. Wöchentlich lösen sich hinter den übrigen Verfestigungsbrettern Teile der aus saniger Erde bestehenden Grubewand und verschütteten den zweiten Bauarbeiter. Der zweite Arbeiter konnte sich durch Beiseitebewegen retten. Der Bergungslücke wurde nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht.

Reichsgericht. Der Reichsgerichtsrat Max Reichert ist zum Senatspräsidenten bei dem Reichsgericht, und der Landgerichtsdirektor Dr. Fritz Lindemann aus Hamburg zum Reichsgerichtsrat ernannt worden.

Akademisch-Reichsgründungssekretär. In der Wandelhalle der Universität wurde gestern nachmittag eine akademische Reichsgründungsfeier veranstaltet. Nach einer musikalischen Einleitung hielt der Direktor des volkswirtschaftlichen Seminars, Prof. Dr. Wiedenfeld, eine kurze Ansprache, in der er die Entwicklung des alten Reiches lobte und von den Aufgaben der Jugend sprach.

Aus Sachsen

Chemnitz. 19. Januar. (Zunahme der Brandstiftungen.) In einer von der bliesigen Kriminalpolizei erlassenen öffentlichen Bekanntmachung wird auf die erschreckende Zunahme der Schadstoffe bzw. Brandstiftungen hingewiesen. Im Jahre 1925 sind im bliesigen Landgerichtsbezirk 59 Brände gemeldet worden, bei denen in 43 Fällen die Mitarbeit des Kriminalamtes Chemnitz notwendig wurde. In 11 Fällen konnte vorsätzliche Brandstiftung nachgewiesen und die Verdächtigen dem Richter übergeben werden. Allein in der Zeit vom 2. bis 7. Januar sind im Landgerichtsbezirk Chemnitz wieder 13 Brände zu verzeichnen gewesen. Diese Zunahme der Brände seit der Weltkriegszeit unserer Währung läßt nach Ansicht der Kriminalpolizei keinen Zweifel darüber, daß der weit aus größte Teil der Brände auf nachlässige Brandstiftung, veranlaßt durch die Schwierigkeiten der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, zurückzuführen ist.

O. Lengenfeld, 19. Januar. (Eisenbahnmunition) auf dem Bahnhof Lengenfeld i. B. entgleiste infolge vorzeitiger Welchenbedienung vom Personenwagen 2157 ein Personenzugwagen 4. Klasse. Durch den Unfall wurde der Zugverkehr zwischen Lengenfeld und Falkenstein 4 Stunden gestört. Verletzt wurden vier Personen, glücklicherweise aber nur leicht.

Es wird dabei u. a. zur Bedingung gemacht, daß zwischen dem Bürgermeister von Lichtenau als besoldeten Stadtrat zu übernehmen. Diese neue Stelle müßte erst errichtet werden.

Aus der Zentrumspartei

Die Chemnitzer Ortsgruppe der Zentrumspartei hält am 17. Januar 1926 im Saale des Goldenen Ankers eine Mitgliederversammlung ab. Direktor Grohmann eröffnet um 8 Uhr die Versammlung und begrüßt aufs herzlichste die Erwähnten sowie den Referenten des Abends, Landessekretär Dr. Desczal, bedauernd aber den mähigen Besuch. Sobald erzielte er dem Landessekretär das Wort. Dr. Desczal bot grundlegende Betrachtungen über die Entwicklung der politischen Krise, in der wir heute noch leben und die jetzt besonders scharfe Formen angenommen hat. Die Ausschüsse wurden mit großem Beifall angenommen. An der sich anschließenden Aussprache fanden vor allem das Hollgasse, Wohnungsfrage, Stadtverordnetenwahl, die Preise zur Diskussion, an der sich die Herren Kretschmer, Beckert, Obiarnak und v. Kelpinski beteiligten.

Gemeinde- und Verkehrsweisen

S. Leipzig-Görlitz. Freitag, 22. Jan., abends 8 Uhr, Versammlung des Volksvereins im "Goldenkessel". Treitschke, 26. mit Bildervortrag "Petrus Canisius" (H. P. Dietz) und Vortrag "Der Wirklichkeitsgehalt katholischer Lebensausprägung" des H. P. Oberhardt, Vorsitzenden des Wirtshaus-Bundes. Der Kirchenchor Görlitz wird den Abend durch Gesänge verschönern. Eintritt frei. Allzeitiges Erscheinen erwünscht.

S. Leipzig. 23. Januar, abends 6 Uhr, Unto apostolica in Rudolfstr. 3, II. und anschließend Convental im Thüringer Hof (ohne offizi. Abendbrot).

S. Leipzig-Görlitz. Sonntag, 31. Jan., vormitt. 11.30 Uhr, Generalsversammlung des Kirchenbauvereins im "Jugendheim".

S. Königstein (Elbe). Katholischer Verein. In unserer Generalsversammlung am 17. Januar hielt Herr Dr. Siecke einen mit dankbarem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Rompilgerfahrt und die Italienreise des C. B. vom 28. September bis 13. Oktober vorjähriges Jahres. Eine lebendiger Schilderung führte er von München nach Luzern, durch den Gotthard nach Mailand, über Novi und Viso nach dem ewigen Rom. Die lange deutsche Ansprache des Heiligen Vaters, der den C.-B.-Pilgerzug als den prächtigsten aller Pilgerzüge bezeichnete, wurde mit tiefer Bewegung angehört. Bei der folgenden Vorstandswahl wurde gewählt: zum 1. Vorsitzenden Dr. Hermann Siecke, zum 2. Vorsitzenden Lehrer Reichelt, zu Schriftführern Diplomatie Bente und Werkmeister Rühr, zu Kassierern die Herren Storm und Jakobenhoff. Im Anschluß daran sprach Pfarrer Erdt über die Grundgedanken der neuen Papstwahlkette vom sozialen Königreich Christi. Die nächste Versammlung ist am 7. Februar; sie wird vom Volksverein veranstaltet, dem nunmehr alle Vereinsmitglieder angehören. Am 9. Februar abends halb 8 Uhr wird das 21. Stiftungsfest des katholischen Vereins im großen Saale des Fremdenhofs "Deutsches Haus" feierlich begangen. Der Diözesan-Bischof hat sein Erscheinen angekündigt und geruht, die Festrede zu übernehmen. Außerdem steht uns ein hoher Kunstmäzen bevor, da Frau Kommerzienratin Charlotte Blech-Kimpel uns mit Gaben befreit werden wird.

D. J. R. Leipzig-West. Der gestrige Bericht ist durch einen Mißgeschick arg verklumpt worden. Darum sei der neue Vorstand nochmals aufgeführt. Er sieht sich nunmehr wie folgt zusammen: Geistlicher Beirat: Kaplan R. Löbmann, Leipzig-Lindenau; Karl-Helene-Straße 110; Amtsleiter: Lehrer Karl Adamczik, Leipzig-Lindenau, Grohmannstraße 8; Kassierer: Franz Rommel, Leipzig-Plagwitz, Naumburger Straße 55; Schriftführer: Franz Marsch, Leipzig-Lindenau, Franckstraße 8; Kassenprüfer: Hans Müller und Franz Marsch; Sekretär: Arno Sträuber, Leipzig-Lindenau, Merseburger Straße.

Zuschreiber sind von nun an an die erstmals benannten beiden Herren zu richten.

Am 8. Februar 1926 wird im großen Saale des Hotels "Deutsches Haus", Leipzig-Lindenau, Markt, ein großes Fest stattfinden.

Am 24. Januar 1926 findet auf dem Spielstattle der D. J. R. Leipzig-West das Rückspiel der Fußballabteilungen Hollenstedt gegen Leipzig-West und am 7. Februar 1926 das erste Spiel D. J. R. Melken gegen Leipzig-West ebenfalls auf dem Spielstattle in Leipzig-Lindenau, Charlottenhof, statt. Spielbeginn nachmittags 2.30 Uhr.

Hauptrichterleitung: Dr. Joseph Albert.

Secundantur: Dr. Bönnig und Müller; Dr. Joseph Albert; zur Wandsch-Sagispolis, Althalden und Königsberg; Max Dönicke; im Landespolitischen Nachwuchsverein: Max Dönicke; Dr. Oberhardt; Vorsitzender: Dr. Bönnig; Dr. Joseph Albert; Max Dönicke; Vorsitzender: Dr. Bönnig; Dr. Joseph Albert; Max Dönicke.

Dresdner Theater

Opernhaus

Mittwoch

Der Troubadour (1/2)

Aufser Aufführung

Donnerstag

Neue Eintritts- u. Aufzugs-

Der Waffenschmied (1/2)

Uraufführung A

Schauspielhaus

Mittwoch

Der Revisor (1/2)

Unrechtstreite A

Donnerstag

Die Hermannsschlacht (1/2)

Aufser Aufführung

Zweites Heirat.

Alter: 35 bis 45 Jahre

Wäscheaussichter und einige Möbel vorhanden, Eventl.

Wohnung

Grundmiete Angebote

erbeten unter B.T. 980 an

die Geschäftsstelle d. Sachsischen

Volkszeitung.

Intelligentes Mädchen

18 Jahre alt, Handels-

schülerin, musikalisch,

in Küche und Haushalt be-

wandert, sehr kinderlieb,

nicht bei engstem Familien-

anschluß Stellung für so-

fort oder zum 16. Februar.

Werte Angebote erbeten

unter C.M. 994 an die

Geschäftsstelle d. Sachsischen

Volkszeitung.

Mittwoch

In W. Aldensteins Reich (1/2)

Theater am Palais

Heute und folgende Tage

Er und seine Schwester (8)

Regina-Palais

Täglich 1/2 Uhr

Das große Program

Täglich 4-Uhr-Tee

bei freiem Eintritt

Kino-Variété
TIVOLI
ALHAMBRA
Wettinerstr. 12

Warum sichern Sie sich keine Plätze?

Freies Volk
Der Film der Republik
Und das gute Beiprogramm

MÖBEL
Staunend billig
Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmerschrank, Küchen, Einzelmöbel
Zahlungserleichterung
Möbel-Mühle
Dresden, Obergraben 21, Ecke Königstr.

Sammerverband Dresden e.V.
Blüzenhauptstelle des Bonifatius-Sammelvereins

Montag den 1. Februar
abends 1,8 Uhr
im Konzertsaale d. Ausstellungspalastes

Winterfest
Konzert: Heiterer Mozart-Abend
unter Leitung des Herrn Hofkapellmeisters Karl M. Pembaur

BALL

Karten bei P. Beck, Schloßstraße und H. Trümper, Spiegelgasse

Pillnitzer Straße 46 / Fernsprecher 27497

Preiswerte Pelze
Pelzmäntel, Jacken, Schals
Wölfe, Füchse, Pelzhüte

Otto Friedrich
DRESDEN - A.